Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92. unter Kreuz von Deutschland Mk. 3.34.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionspreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 101. Donnerstag, den 3. Mai 1906. 17. Jahrgang.

Völkermai.

In dem ewigjungen Geiste grünender Maienhoffnung und getragen von den starken Fittichen jener Kraft, die Lebenskräftiges mit zwingender Naturnotwendigkeit zum Lichte und zu herrlicher Entfaltung führt, hat das klassenbewußte Proletariat wiederum seine Maifeier begangen. Wie in Flammenzungen hat sich wiederum in die Herzen und Hirne Tausender und Abertausender die Erkenntnis eingebrannt, daß, wie im unabänderlichen Flusse des natürlichen Werdens und Vergehens dem düsteren Grauen der Winternacht die lichtumflossene Herrlichkeit des neuerwachten Lenzes folgt, auch im Leben der Völker Zeitalter der Bedrückung und Knechtung, Ausbeutung und Menschenschändung ihre Ablösung finden in Perioden sonnenfroher Entwickelung zu den reinen und hohen Zielen wahrer Glückseligkeit und Menschheitskultur. Und zu lebendiger Klarheit hat sich bei Ungezählten das Bewußtsein durchgerungen, daß das Werk der Völkerbefreiung einzig und allein das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß. Schmählicher noch als in früheren Jahren ist die törichte Hoffnung der Gegner zusammengebrochen, daß die befreiende Idee der Maidemonstration in den Reihen des Proletariats sich wieder verflüchtigen werde, zerronnen ist der Traum jener Biederen, es werde ihnen gelingen, der Arbeiterklasse die Begeisterung für ihren vornehmsten und würdigsten Feiertag durch schmutzige und gehässige Begeiferung zu rauben und zu verekeln. Und gefestigter als je lebt in der Ueberzeugung jener, die vielleicht bis in die jüngstvergangene Zeit hinein den Wert der Maidemonstration mit skeptisch-prüfendem Auge noch betrachteten, die Tatsache, daß die Maifeier eine Fülle erzieherischer und befruchtender Momente in sich birgt, die reiche Erntegarben für die zukünftige Entwickelung des Klassenkampfes verspricht.

* * *

Grauer, trüber Wolkenhimmel wölbte sich über dem jungen Morgen des ersten Maientages, feiner Regen rieselte herab. Trotzdem merkte man schon in der frühen Morgenstimmung, daß heute kein gewöhnlicher Werktag war wie sonst. Die Reihen derer, die sonst mit schnellen Schritten zur Werkstatt und zum Bauplatz eilen, waren stark gelichtet, und fast wollte es so erscheinen, als ob man aus den Gesichtern derer, denen es nicht vergönnt war, der Arbeit schönstes Fest zu feiern, die stumme Qual der Arbeitsfron beredter spräche denn je

Doch die Sonne hatte inzwischen den Kampf mit den eiligziehenden Heeren der regenschweren Wolken aufgenommen, immer wieder, wenn sie zurückgeschlagen war, hatte sie den Durchbruch mit frischem Mute von neuem versucht und endlich war sie Siegerin geblieben: vom heiteren Blau des Aethers strahlte in jugendfrischer Schöne die goldene Sonne hinein in die Straßen und Häuser, Festesfreude wie mit einem Zauberschlage ringsum verbreitend.

Und nun kamen sie herangezogen in hellen Scharen, die feiernden Proletarier von Breslau, festtäglich gekleidet, oft ein Röslein oder ein Maiensträußchen im Knopfloch, Stolz und Festesfreude leuchtete aus ihren Augen. Aber noch etwas anderes konnte dem aufmerksamen Beobachter an dem heutigen Straßenbilde auffallen, das war die geringe Zahl der Schutzleute, die an den Kreuzungen und auf den Plätzen der Vorstädte wie des Zentrums zu erblicken waren, selbst der Ring war noch gegen neun Uhr nicht stärker als sonst besetzt. Anscheinend hatte man unsere Polizeiarmee in verschiedenen Hauptquartieren untergebracht, wo sie jedes Winkes gewärtig war. Im Rathause sollen auch nach einem vorläufig allerdings nicht kontrollierbaren Gerüchte übrigens auch Abteilungen der Einundfünfzig'er bereit gelegen haben.

Vor den Versammlungslokalen, die vor Beginn der Versammlungen bereits alle bis auf den letzten Platz gefüllt waren, hatten die Ordner der nun schon oft bewährten Arbeiterpolizei ihre Posten bezogen, und ihren ruhigen Anordnungen folgte ein jeder willig, so daß den in der Nähe der Säle etwas stärker vertretenen Schutzleuten ersichtlich die Zeit lang wurde; denn außer, daß sie einmal hie und dort ein paar neugierig stehenbleibende alte Frauen zum Weitergehen veranlassen konnten, fanden sie nichts zu tun.

Als von den Türmen der Stadt zahllose Glocken den Ablauf der zehnten Stunde kündeten, da erlebten die Breslauer Philister ein Schauspiel, das sie in dieser Ausdehnung bisher noch nicht gesehen hatten. In früheren Jahren war der lose Zug spazieren wandelnder Maidemonstranten im Gewimmel der Straßen fast völlig verschwunden und kaum bemerkt worden. Diesmal aber kamen sie von Nord und Süd, von Ost in langen Reihen angezogen, Hunderte und Tausende von Demonstranten, von der Odervorstadt, von der Ohlauer und der Schweidnitzer Vorstadt her, um hinaus zu pilgern nach Westen, dem nahen Cosel zu. Ordner begleiteten sämtliche 4 Züge, die in losem Zusammenhange unter würdiger Ruhe und Ordnung einherschritten, um auf dem Königsplatze ihre natürliche Vereinigung zu finden. Hatte bisher die Polizei sich mit der Rolle des Zuschauers begnügt, und war sie in kaum nennenswerter Zahl in den Straßen, auf dem Königsplatze änderte sich das Bild: der Platz, den das Denkmal des Säkularmenschen „ziert“, war von Schutzleuten wie bedeckt, der Führer unserer Polizei, der Hauptmann Roll, führte hier selbst das Kommando. Es schien beabsichtigt, eine etwa geplante Vereinigung der einzelnen Züge zu verhindern. Doch der Ruhe und der musterhaften Disziplin unserer Genossen gelang es, jeder Gefahr aus dem Wege zu gehen, einzelne Züge wurden wohl für einige Zeit gesprengt und auseinander gezogen, doch je mehr man die Friedrich-Wilhelmstraße hinaus kam, um so größerer Zusammenhang kam wieder zu stande, und über den von der Schutzmannschaft stark besetzten Striegauerplatz, die historisch gewordene Stätte des Blutabends, wälzte sich eine schier endlose Kette von Menschen, die schließlich wohl an die zehntausend Köpfe erreicht haben mochte.

Auch in Pöpelwitz versuchte ein Polizeiaufgebot, den Zug zu sprengen. Auch hier zeigten die Demonstranten der Situation sich vollauf gewachsen. So ging es weiter die baumumrahmte Berliner Chaussee hinaus, vorbei an den Fabriken, deren Betriebe oft stille standen, an Bauten, die verlassen dalagen. In Türen und Fenstern aber standen und lagen die Spießer, und halb mit banger Neugierde, halb mit erzwungener Bewunderung und vielleicht auch ein bißchen Sehnsucht und Neid sahen sie den Dahinziehenden nach, bis sie ihren Blicken entschwunden waren.

Hinaus ging's nun zur Stadt, deren letzten Gruß ein starkes im Kurgarten untergebrachtes Polizeipikett der Genossen entbot. Bald war auch Cosel erreicht, an dessen Eingange Gendarmen patrouillierten. Die Frau des einen Hofbesitzers gleich am Anfange des Dorfes ließ, als sie die Spitze des mit Gesang herannahenden Zuges erblickte, sofort das Tor schließen. Sie dürfte unbesorgt sein. Sozialdemokraten haben besseres zu tun als zu plündern.

Garten, Saal und Gastzimmer des Kuhntschen Lokals waren bald überfüllt, sogar auf der benachbarten Wiese war in der dort rasch improvisierten Gartenwirtschaft nach kurzer Zeit kein Plätzchen mehr zu finden. Aber das störte die prächtige Stimmung, den urwüchsigen Humor nicht. An einem Raine entlang hatten lustige Genossen, die sonst keinen Platz erwischen konnten, sich häuslich niedergelassen, und mit fröhlichen Liedern vertrieben sie sich die Zeit. Gar viele Hunderte aber mußten weiter ziehen, in den benachbarten Garten von Brix oder nach den umliegenden Dörfern. Schnell verstrich die Zeit. Ueberall bildete die Verhaftung des Genossen Klühs das Hauptthema, sie warf einen Schatten auf die Festesfreude. Um zwei Uhr begann das Konzert der Rüsterschen Kapelle. Immer noch strömten Hunderte von Nachzüglern herbei, die sich erst für den Nachmittag hatten frei machen können, ferner Frauen mit ihren Kindern, die am Vormittag die Schule an die Stadt gefesselt hatte.

Es war ein fortwährendes Kommen und Gehen. Erst als es zu dunkeln begann und die Zeit der Abendversammlungen nahte, leerten sich allmählich Garten und Saal, zu Fuß und mit der Elektrischen kehrten die Demonstranten heim zur Stadt, ruhig und friedlich, wie sie gekommen waren.

* * *

Ueber den Verlauf der Morgenversammlungen bringen wir noch die folgenden Einzelberichte:

Im Gewerkschaftshaus

hatten sich zur Vormittag-Versammlung ungefähr 1800 Personen eingefunden, darunter — nach Ausweis der Listen — 1649 Holzarbeiter. Nachdem zur Eröffnung der Versammlung der Gesangverein „Liederfreund“ die Erschienenen durch Absingen eines Arbeiterliedes begrüßt, hielt Genosse Rühle-Leipzig das Maireferat, worauf abermaliger Gesang die würdige und erhebende Feier beschloß. Die Ermahnung des Leiters der Versammlung, der Polizei keine Gelegenheit zum Eingreifen zu bieten, wurde von den hierauf nach dem Innern der Stadt zuströmenden Massen in gewissenhaftester Weise befolgt, sodaß keinerlei Störung vorkam. In größeren und kleineren Trupps, oft die ganze Breite der Straße bedeckend, wälzte sich die stetig anwachsende Menge vorwärts, nirgends erhielt der Polizeisäbel Arbeit, nirgends machte sich auch nur die geringste Veranlassung zum Vorgehen der bewaffneten Macht gegen die in besonnener Ruhe vorwärts marschierenden Maidemonstranten bemerkbar. Erst am Königsplatz zeigten sich die ersten Berittenen, und obwohl der lose Zug auch hier durchaus seinen würdigen und ruhigen Charakter wahrte, glaubten die „Hüter der Ordnung“ doch Anlaß zu haben, durch Anordnungen und Befehle sich bemerkbar zu machen. Die Arbeiter waren vernünftig und besonnen, ließen die Uebereifrigen gewähren und setzten ihren Marsch fort, der sie ohne jeglichen Zwischenfall dem erstrebten Ziele — dem Treffpunkte Kosel — entgegenführte.

Im Tivoli

hatten sich vor allem die Maurer eingefunden. Ueber 1000 Personen füllten den Saal und die Galerien. Genosse Albert hielt die Festrede. Die Versammlung verlief zunächst in allem Frieden und in schönster Ordnung. Als der Redner aber auf die russische Revolution zu sprechen kam, löste bei einer Stelle, die den überwachenden Kommissar Aunert besonders nervös zu machen schien, dieser die Versammlung kurzerhand auf. Ruhig folgten die Anwesenden der Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Rother zum Auseinandergehen. Vom Tivoli aus zogen die 1500 Demonstranten, nachdem sie durch ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie gegen die Polizeimaßnahme protestiert, gehobener Stimmung die Neudorf-, Garten-, Neue Schweidnitzerstraße entlang über den Tauentzienplatz hinweg. Boten berichteten, daß die Polizei den Zug am Ringe erwarte. So bogen die 1500 Spaziergänger am Kaiser Wilhelm-Denkmal links ab, zogen über die herrlich grünende, im frischesten Frühlingsschimmer prangende Promenade und kamen auf diese Weise viel zeitiger auf dem Königsplatze an, als sich's gewisse Leute hatten träumen lassen.

Vom Königsplatz, dessen Bismarck-Denkmal und -Brunnen von 10 berevolverten und besäbelten Polizisten bewacht war, ging der immer größer und größer werdende Zug die Friedrich-Wilhelmstraße entlang bis zum Schlachthof. Nur vereinzelt sah man Polizisten herumstehen. Erst am Schlachthof, Ecke Bärenstraße, stand ein riesiges Schutzmannsaufgebot. Ein Polizeikommissar mit ca. 10 Mann trat plötzlich ohne jeden Anlaß mitten in die Reihen der Spaziergänger hinein, sie zum „Auseinandergehen“ auffordernd! Von der rechten Seite wurde nunmehr der Zug über die durch großen Wagenverkehr und Züge der Elektrischen Bahn gefährdete Straße hinweg auf die — schmale linke Seite getrieben! Und das, obwohl es Vorschrift und selbstverständlicher Gebrauch ist, rechts zu gehen und nicht links!

Ein Augenblick großer Verwirrung entstand, dann aber hatten unsere Ordner in wenigen Minuten die gestörte Ruhe wieder hergestellt. Rechts und links ging jetzt der Zug, sich nach kurzer Zeit wieder zusammenfindend. Inzwischen war ein Kommissar mit ca. 22—25 Schutzleuten auf der Elektrischen dem Zuge voraus gefahren. Bis zum „Letzten Heller“. Dort stellten sich die Bewaffneten auf. Aber auch unsere Leute waren auf dem Posten. Blitzschnell bog man, um einen abermaligen Zusammenstoß zu vermeiden, rechts von der Berliner Chaussee ab in die Pöpelwitzerstraße hinein, marschierte über die Wiesen und Plätze und war in weniger als drei Minuten auf Koseler Gebiet, da, wo die Breslauer Polizei „nix mehr tau segen“ hat. Ein kurzes jubelndes Halloh, ein befreiendes schallendes Gelächter — und ruhig weiter gings.

Im „Goldenen Zepter“

war die Versammlung schon vor der festgesetzten Zeit polizeilich abgesperrt. Viele mußten unverrichteter Sache wieder umkehren. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Scholich marschierten die Teilnehmer in losem Zuge nach Kosel, indem sie sich auf dem Königsplatz dem allgemeinen Zuge der Maidemonstranten anschlossen.

Im Vollhof, (Schießwerderplatz)

fand Morgens eine stark besuchte Volksversammlung statt. Besonders die Bauarbeiter waren zahlreich vertreten, die es sich nicht nehmen ließen, den 1. Mai in ihrer Weise zu feiern. Natürlich blitzten einem schon fern vom Lokal die Pickelhauben der Polizeibeamten entgegen und im und vor dem Hofe äugten letztere mit besonderer Aufmerksamkeit auf die feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Referat hielt Genosse Radlof, der in kurzen Umrissen die Maiforderungen der Sozialdemokratie begründete und dabei nicht unterließ, die haarsträubende Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen gebührend zu kennzeichnen. Selbstverständlich zog der Redner auch die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Kreis der Betrachtungen und geißelte scharf die Zusammensetzung und Haltung des Junkerparlaments zum Beispiel bei der Schulvorlage, die nichts weniger als die völlige Verpfaffung der Volksschule bezwecke. Zum Schluß berührte Radlof kurz die Bluttaten vom 19. April, die jeden denkenden und fühlenden Arbeiter zu energischer Werbearbeit für die Sozialdemokratie anspornen müßten. Die Mitteilung von der Verhaftung des Genossen Klühs wurde mit stürmischen Entrüstungsrufen aufgenommen. Eine Debatte fand nicht statt; die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung begaben sich die Genossen und Genossinnen auf den nächsten Wegen zum Königsplatz, sorgfältig bewacht von einem Haufen Polizisten, die für das Wohl und Wehe der Feiernden Sorge tragen wollten. Das gelang denn auch vorzüglich! Auf dem Königsplatz ordnete sich der zwanglose Zug in den allgemeinen Zug ein, der sich aus den anderen Versammlungslokalen nach Kosel ergoß, um dem vereinten Sammelpunkte zuzustreben.

* * *

So ruhig, wie der ganze Tag verlaufen war, gestalteten sich auch die Abendversammlungen, die mit ihrem wahrhaft großartigen Massenbesuch und ihrem imposanten Verlauf eine Demonstration bedeuteten, wie sie Breslau zweifellos überhaupt noch nicht erlebt hat. In diesen 9 Abendversammlungen fand ebenso wie bei den Vormittags-Demonstrationen die folgende Resolution unter begeisterten Zurufen einstimmig Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit den Proletariern aller Länder, treu festzuhalten an den Grundsätzen und Forderungen, die den 1. Mai zu einem Feiertage der gesamten Arbeiterklasse gemacht haben.

Die Versammelten versprechen insbesondere, einzutreten für die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und jeglicher Unterdrückung.

Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß.

ein höchstens acht Stunden dauernder Normal-Arbeitstag;

eine mindestens 36 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche;

Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder im Alter von unter 14 Jahren.

Die Versammelten fordern die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und unbeschadet darum, ob sie in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr oder im öffentlichen oder Gesindedienst ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Arbeiter. Vor allem Sicherstellung des Koalitionsrechtes, der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiter-Versicherung.

Da die Rechte der Arbeiter nur dann sichergestellt sind, wenn die Arbeiter ihre Rechte selbst vertreten, so fordern die Versammelten: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen, ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen, insbesondere aber die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems, als der Quelle all der reaktionären arbeiterfeindlichen Gesetzgebung, die die Entwickelung der Arbeiterschaft unterbindet.

* * *

Im einzelnen ist noch folgendes zu berichten:

Die Abendversammlung im Gewerkschaftshause

war wiederum sehr zahlreich besucht, diesmal aber nicht aus lauter Holzarbeitern, sondern von Arbeitern aller Berufe. Leiter der Versammlung war Genosse Schlegel. Vor Eintritt in die Versammlung machte er den Versammelten einige Mitteilungen, wobei er bat, sie mit aller Ruhe und Besonnenheit aufzunehmen, wenn sie auch geeignet erscheinen, das Blut in Wallung zu bringen. Zuvörderst gab er kund, daß die Staatsanwaltschaft es abgelehnt hat, Klühs aus der Haft zu entlassen, und teilte er das Schicksal des Genossen Albert mit. Obwohl die Anwesenden sich bemühten, bei der Nachricht ihre Ruhe zu bewahren, brach doch ein allgemeiner Entrüstungssturm los. Genosse Beikert hielt darauf das Referat. Er schilderte die Not und das Elend der arbeitenden Klassen, er wies auf die Hunderttausende von Frauen und Mädchen, auf die Tausende von Kindern hin, die dem Kapitalismus Frondienste gegen Hungerlöhne leisten müssen. Er entrollte ein Bild von den Lasten, die der Militarismus und Marinismus dem arbeitenden Volke auferlegt, er sprach ferner von der politischen Entrechtung der Arbeiter in Preußen. Aber diese unhaltbaren Zustände erforderten eine grundlegende Reform, die das Proletariat am 1. Mai von den gesetzgebenden Körperschaften fordert und sich gelobt, mit aller Kraft dafür einzutreten. Stürmischer Beifall folgte der einstündigen Rede. Genosse Schlegel hielt dann noch eine kurze Ansprache an die Versammlung, in der er alle die Momente Revue passieren ließ, die während eines Jahres, vom 1. Mai 1905 bis 1. Mai 1906 sich ereignet haben. Es seien das Erinnerungen, die ein freudiges Gefühl in jedem Parteigenossen hervorriefen, denn in diesem Jahre haben Partei und Gewerkschaften gewaltige Fortschritte zu verzeichnen. Am 1. Mai 1905 konnte nur eine Versammlung abgehalten werden, alle Lokale waren der Partei verschlossen, diesmal fanden in 5 großen Sälen Versammlungen statt, aber noch 27 andere Säle standen uns zur Verfügung. Der Sozialdemokratische Verein, die Gewerkschaften sind gewachsen, ihre Mitgliederzahl hat um tausende zugenommen, die „Volkswacht"-Abonnentenzahl hat 30,000 erreicht, das Verfluchte der Partei und der Gewerkschaften ist gehoben worden. Viele unter den Genossen, die sich im Saale befinden, bemerkte Schlegel, haben an dem Emporblühen mitgewirkt, aber auch von anderer Seite ist mitagitiert worden, und wenn uns auch übel mitgespielt wird, so wird doch die ungerechte Behandlung nur Gutes für die Partei im Gefolge haben. Bleiben die Genossen bestrebt, zur Weiterentwickelung der Partei und Gewerkschaften beizutragen, so werden bis zum nächsten Maientag wieder gewaltige Fortschritte zu verzeichnen sein. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Bei Jenke, Ohlauer-Chaussee

fand Abends eine von mindestens 600 Personen besuchte Volksversammlung statt. Eine nicht geringe Zahl der Anwesenden mochte wohl schon die weite Tour nach Kosel mitgemacht haben, aber doch waren sie Abends pünktlich zur Stelle. Einem andern, vielleicht dem größten Teile, war es aber am Tage nicht möglich gewesen, den 1. Mai zu feiern und sie nahmen nun wahr, was sie leider versäumen mußten. Mit vollster Aufmerksamkeit lauschten Männer und Frauen dem Vortrage des Genossen Radlof, der die Maiforderungen des Proletariats (Achtstundentag, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Arbeiterschutz, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht) begründete. Als Redner in geziemender Weise die Polizeitaten des 19. April schilderte und insbesondere von der abgehauenen Hand des Bierfüllers Biewald sprach, dem sie von hinten mit einem furchtbaren Hiebe abgeschlagen wurde, ergriff die Masse jäh die Empörung, so daß der überwachende Polizeikommissar durch den Vorsitzenden Macholl zur Ablenkung in einen anderen Gegenstand ermahnen zu müssen glaubte. Genosse Radlof bemerkte hierzu: Es gäbe in der preußischen und Reichsverfassung einen Satz, der lautet: Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet. Sie sehen, Parteigenossen, so rief der Redner, daß dieser Satz in Breslau vorläufig außer Kurs gesetzt ist. Er ermahnte dann zur Ruhe und Besonnenheit, denn wir könnten uns damit trösten, daß das vergossene Arbeiterblut nicht umsonst geflossen sei: Unsere Gesetzmäßigkeit werde die kapitalistische Gesellschaft töten! Die Entrüstung der Versammlung schwoll dann wieder mächtig an bei der Mitteilung, daß der Haftentlassungsantrag bezüglich Klühs abgelehnt und Genosse Albert heute Abend in der Redaktion ebenfalls verhaftet sei!! Der Redner fügte unter stürmischem Beifall hinzu: Wenn man auch drei Redakteure der „Volkswacht" eingesperrt habe, deshalb werde letztere morgen und jeden Tag doch erscheinen! Angesichts der ernsten Zeiten und der schweren Kämpfe, die wir durchzumachen hätten, fordere er die Arbeiter, Genossen und Genossinnen auf, sich das Gelöbnis der Treue und Solidarität zu geben, genau so, wie es in Schillers Tell die Bedrängten und die Bedrückten auf dem Rütli geschworen hätten. Es genüge nicht, Beifall zu klatschen, sondern es müsse der Wille zur Tat bekundet, das heißt mit Begeisterung und Opferwut für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, für die „Volkswacht" weitergearbeitet werden.

Nach einigen kräftigen Worten des Genossen Macholl, der über die einstimmig angenommene bekannte Resolution abstimmen ließ, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die Internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Die Abendversammlung im Neuring

war schon vor der für ihren Beginn festgesetzten Zeit überfüllt und mußte polizeilich abgesperrt werden. Die von Mund zu Mund gehende Nachricht von der Verhaftung des Genossen Albert versetzte alle Gemüter in Erregung und Erbitterung und verlieh der Versammlung ein leidenschaftliches Gepräge, ohne daß jedoch der Leitung wie der aufgeschreckten „Arbeiterpolizei" bei der Aufrechterhaltung der Ordnung irgendwelche Schwierigkeiten entstanden wären, so daß die Versammlung einen imposanten Verlauf nehmen konnte. Als der Einberufer von der erfolgten Verhaftung Alberts und der Weigerung der Behörden, Klühs der Freiheit zurückzugeben, Mitteilung machte, gab die versammelte Menge ihrer Erregung in impulsiven Zurufen Ausdruck, ebenso wurde der Referent, Genosse Rühle-Leipzig, wiederholt von lebhaften und andauernden Bekundungen des Zornes und der Empörung unterbrochen. Um so erfreulicher ist es, konstatieren zu können, daß die Versammelten auch in dieser ungewöhnlichen Situation strengste Selbstzucht geübt und sich musterhafter Ordnung befleißigt haben. Es war geradezu eine Lust, zu beobachten, wie rasch und ruhig sich die Räumung des Saales vollzog, nachdem vorher die Mai-Resolution einstimmig zur Annahme gelangt und die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen worden war. Die Breslauer Arbeiterschaft hat damit erneut bewiesen — was ja auch der ganze übrige Verlauf der Maifeier gezeigt hat — daß sie über Disziplin verfügt und Verständnis besitzt für die Notwendigkeit, in allen, wenn auch noch so ungewöhnlichen Lagen im Rahmen strengster Gesetzlichkeit sich zu halten. Damit sind die sichersten Bürgschaften für künftige Zeiten gegeben, in denen die Phasen des Klassenkampfes möglicher Weise noch höhere Anforderungen an die Besonnenheit und ruhige Ueberlegung der Arbeiterklasse stellen werden, als dies bisher der Fall war.

Bei Weisse in Pöpelwitz

waren etwa 700 Personen zusammengekommen. Der Saal wurde vom überwachenden Kommissarius abgesperrt, weil er für überfüllt angesehen wurde. Genosse Habak schilderte in seinem Referate die krassen Gegensätze des heutigen Klassenstaates zum Proletariat — und ermahnte die noch nicht gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter daran, das Versäumte nun nachzuholen, sowie die Parteipresse als bestes Kampfmittel zu unterstützen. Der Referent wurde oft von Beifall unterbrochen. Darauf gelangte die Resolution zur Annahme. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung ebenso ruhig auseinander, wie sie verlaufen war.

Im Bergkeller

war erst Genosse Klühs und dann Genosse Albert als Referent vorgesehen. Infolge der in letzter Stunde vorgenommenen Verhaftungen trat Genosse Dorf ein. Redner verwies darauf, daß in Breslau in den letzten Jahre der Revisionismus unter den führenden Genossen die Oberhand hatte. Insbesondere war es Genosse Löbe, der immer das Prinzip einer ruhigen und friedlichen Entwickelung der gesellschaftlichen Verhältnisse betonte und geglaubt hatte, daß der Klassenkampf zu Blutvergießen nicht mehr führen werde, da auch bei den besitzenden Klassen allmälig das soziale Gewissen erwachen müsse. Genosse Löbe aber, der dermaßen jeden Gedanken an Gewalt von sich wies, er war der erste, der schließlich zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben soll. Daß die herrschenden Gewalten den Klassenkampf nicht friedlich führen wollen, so sehr wir auch an einer friedlichen Entwickelung hängen, das hätten uns erst jetzt die Vorgänge vom 19. April gelehrt. Aber eine Polizeitat folge auf die andere. Gestern wurde Genosse Klühs verhaftet und vor einer Stunde Genosse Albert. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Wenn man aber glaubte, damit dem „Umsturz" alle Köpfe abgeschlagen zu haben, so täuscht man sich. Unser Kampf für Menschenrecht werde keine Unterbrechung erleiden. Ruhig und friedlich würden wir weiter arbeiten, möge auch das Gewitter der Reaktion noch so sehr über uns toben. Redner erläutert hierauf die Maiforderungen der Arbeiter und mahnt am Schlusse zu Ruhe und Besonnenheit. Der erste Mai sei unser Neujahr und wenn wir uns übers Jahr wieder zusammenfänden, dann könnten wir hoffentlich konstatieren, das Jahr war, trotz aller Wunden, die man uns schlug, ein Jahr von Erfolgen und Siegen auf allen Gebieten.

Der Vortrag fand brausenden Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bei Pfingst auf der Uferstraße

war ebenfalls die Ruhe in keiner Weise gestört. Gegen 700 Personen füllten den Saal. Die Ausführungen des Genossen Doktor Landsberg wurden mit größtem Beifall aufgenommen.

In der Wilhelmsburg

waren ebenfalls alle Plätze in der Abendversammlung besetzt. Ebenso die geräumige Gallerie. Genosse Mehrlein referierte. Er besprach die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat: die Forderungen des Achtstundentages, Völkerfrieden, Völkerfreiheit. Seine Ausführungen wurden oft von Beifallssalven unterbrochen, und die Versammlung bewies dadurch, daß ihr die Ausführungen des Referenten zum Herzen sprachen. Besondere Entrüstung erregte natürlich die Nachricht von den Verhaftungen von Klühs und Albert.

Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie, in das alles begeistert einstimmte, schloß die sehr gut besuchte Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Erwähnenswert ist es, daß der überwachende Beamte — Kommissarius Kwasniok — mehrfach mit Auflösung drohte, wenn nicht — die in der Zahl von 3 — erschienenen Kinder entfernt würden. Mehrlein forderte die Eltern der Kinder auf, im Interesse der Sache diesem Gebote zu folgen, um der Polizei die Freude der Auflösung nicht zu machen, was auch geschah.

Auf der Gräbschenerstraße

war der „Dreikaisersaal" kurz nach 8 Uhr dicht gefüllt. Gegen 800 Personen, darunter viele Ausgesperrte mit ihren Frauen, hatten den großen Versammlungsraum voll besetzt und folgten mit großer Aufmerksamkeit dem Referate des Parteisekretärs Neukirch. Nach Annahme der Protestresolution fand die musterhaft verlaufene Versammlung ihr Ende.

Bei Kurr in Gräbschen

war der Saal überfüllt. Gegen 600 Personen waren erschienen, darunter erfreulicherweise eine stattliche Anzahl von Frauen, die den trefflichen Ausführungen des Genossen Schütz mit ersichtlichem Interesse folgten. Leute sah man in der Versammlung, die sonst absolut teilnahmslos sind. Dem zahlreichen Gendarmeriekaufgebot hatten unsere Ordner die Aufgabe, die Ruhe aufrecht zu erhalten, abgenommen. Alles verlief in musterhafter Ordnung.

* * *

Die Maifeier in der Provinz

hat nach den uns zugehenden Mitteilungen überall einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Wir verzeichnen heute folgende Nachrichten unserer Provinzberichterstatter:

In Strehlen

feierten vom Mittag ab zwischen 400 und 500 Steinarbeiter, die sich auch sämtlich in der Versammlung eingefunden hatten. Durch ein Versehen konnte leider unser Genosse Frey-Breslau den Vortrag nicht halten, weil die Versammlung nicht Abends, sondern schon Nachmittags stattfand. Das Referat hielt deshalb Genosse Karl Müller-Strehlen, der sich in bester Weise seiner Aufgabe entledigte.

In Ohlau

feierten die Genossen und Genossinnen der Zigarrenfabrik Gellhorn. Es kommen 100 Arbeiter in Betracht. Dieselben unternahmen einen Ausflug nach dem Weinberg. In der gut besuchten Abendversammlung hatte Genosse Peterhansel-Breslau das Referat über die Maifeier, dessen Ausführungen lebhaften Beifall fanden.

In Schweidnitz

fand eine von mindestens 400 Personen besuchte Volks-Versammlung statt, die auch von vielen Frauen und Mädchen besucht war. Genosse Zimmer-Breslau hielt das mit Begeisterung aufgenommene Referat über die Maifeier. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Striegau

nahm die Maifeier einen würdigen Verlauf. Am Ausflug nahmen zu Anfang reichlich 300 Personen ausschließlich der Kinder teil, die sich bis zum Heimgang fast verdoppelten. Sämtliche Polizisten 3 berittene und 2 Fußgendarmen waren aufgeboten. Letztere begleiteten den Zug bis nach Stonnerwitz und patrouillierten vor dem Lokale. Beim Einzug in Striegau stellten sich 4 Gendarmen quer über die Straße, auch der Landrat war zur Stelle. Zum Einschreiten der Behelmten war keine Gelegenheit. In der abends 8 Uhr in der Bierquelle stattgefundenen Maiversammlung referierte Genosse Franz Feldmann-Langenbielau über die Bedeutung des 1. Mai. Sieben- bis achthundert Personen waren anwesend. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall. Die Protestbewegung hat nicht nachgelassen.

In Mittelsteine bei Glatz

feierten die Steinarbeiter den Tag durch Arbeitsruhe. Vormittags 11 Uhr Versammlung in „Villa Nowa". Anwesend 60 Mann. Nachmittags Gartenkonzert und Abends Ball. Referent in der Versammlung war Genosse Paul Breiter-Langenbielau.

Liegnitz.

Unsere beiden Maiversammlungen waren stark besucht. Nachmittags 3 Uhr 450 Personen, Abends gegen 600. In den Sozialdemokratischen Verein ließen sich 3 Personen aufnehmen und 11 Abonnenten wurden für die Volkswacht gewonnen. Referent Nachmittags Genosse Heider-Liegnitz, Abends Genosse Müller-Görlitz.

Wenig-Rackwitz.

Hier wurde der 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert. Nach einem gemeinsamen Morgenspaziergang fand um 11 Uhr eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stolpe-Görlitz referierte. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die angedrohte Aussperrung der Steinarbeiter auf zwei Tage wurde seitens des Geschäfts wieder zurückgenommen.

Goldberg.

In einer gut besuchten Volksversammlung sprach Genosse Senk-Breslau. Redner erntete für seine vortrefflichen Ausführungen lebhaften Beifall, die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen. Der Gesangverein „Vorwärts" (gemischter Chor), hatte durch seinen Gesang zur Verschönerung der Versammlung beigetragen. Wie schon so oft hatte auch hier der überwachende Beamte, dem das Fest zu lange dauerte, wegen des Gesanges gedroht, das Lokal zu räumen. Eine Sammlung für den durch die Breslauer Polizei verstümmelten Biewald, ergab die Summe von 4,20 Mark.

Hahnau.

An dem Ausflug, der von seiten des Holzarbeiterverbandes am 1. Mai nach Nieder-Michelsdorf unternommen wurde, beteiligten sich zirka 60 Personen. Die Arbeitsruhe der Tischler war fast vollzählig. Den anderen Gewerkschaften war es nicht möglich, die Maifeier in diesem Jahre durch Arbeitsruhe zu begehen. Versammlungen konnten nicht stattfinden, da man uns seit einiger Zeit sämtliche Säle abgetrieben hat.

Parchwitz.

Die Maiversammlung unseres Landstädtchens war von über 200 Personen besucht. Genosse Grunow-Breslau referierte über die Bedeutung des 1. Mai. Ein Sturm der Entrüstung brach los, als Redner die Konfiskation des „Volkswacht" und die Verhaftung des Genossen Klühs mitteilte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zwölf Aufnahmen für den Volksverein wurden vollzogen.

Landeshut.

Einen imposanten Verlauf nahm die Maifeier auch hier. Durch den hiesigen Gesangverein eingeleitet, wurde die Versammlung nach dem mit Begeisterung aufgenommen Vortrage des Genossen Scholich-Breslau mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Nachdem der Gesangverein noch einige Lieder gesungen, wurde von einigen Genossen und Genossinnen noch mehrere Vorträge ernsten Inhalts zum Besten gegeben. Zu bemerken ist, daß der stark überfüllte Saal zur Hälfte von Frauen und Mädchen besetzt war. Einstimmig lautete das Urteil der Anwesenden: Eine solche Maifeier hat Landeshut noch nicht gesehen!

Aus Kattowitz

wird berichtet, daß sich trotz des schlechten Wetters 50 Personen an dem Maiausflug beteiligten. In der Abend im Gewerkschaftshause stattgefundenen Versammlung waren 300 Personen anwesend. Genosse Julius Bruhns hielt das mit lebhaftestem Beifall aufgenommene Referat über die Maiforderungen des Proletariats. Es ereignete sich nichts.

Posen.

Die Vormittagsversammlung war von über 500 Personen besucht. Nach einem Referat des Genossen Schulz wurde die Resolution des Parteivorstandes und der Generalkommission, mit einem Zusatz, welcher die Ostmarkenpolitik verurteilt, einstimmig angenommen.

* * *

Die Maifeier im Reiche.

Der erste Mai in Berlin.

Ein erster Mai, wie er im Buche steht. Tags vorher noch rauhes Wetter und schwer behangener Himmel, und gestern heller Sonnenschein auf dem frischen Grün. Die Bauten lagen still, in den meisten Fabriken scharwerkte hier und da höchstens ein Meisterknecht; die Masse der Arbeiter aber zog sonntäglich gekleidet in die Vormittags-Versammlungen. Und nicht die Arbeiter allein. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses hielten die Schneider und Schneiderinnen ihre Versammlungen ab; der überfüllte Raum, in den schon lange vor dem Versammlungsbeginn niemand mehr hineingelassen wurde, enthielt wohl zum dritten Teil Frauen und Mädchen. Aehnlich so sah es bei Buggenhagen aus, wo die Buchbinder versammelt waren. Im „Deutschen Hof", wo die Maler tagten, im Friedrichshain bei den Bauarbeitern, im Feenpalast bei den Metallarbeitern, überall abgesperrte Versammlungen, zu denen Tausende vergebens Einlaß begehrten. Im Süden strömten nach der „Neuen Welt" die Holzarbeiter, nach der Bockbrauerei die Maurer. Ob denn Parade sei, wurde gefragt. Wie man's will, Parade der Arbeiterbataillone, die nicht der Drill, sondern der Freiheitsdrang, das Streben nach menschenwürdigem Dasein zum Kampf ermutigt. In den Proletariervierteln, den Vororten im Osten und Norden, hatte die Arbeiterschaft selbst den Schluß vieler Geschäfte herbeizuführen vermocht; und am Abend vorher hat die Einwohnerschaft von Oberschönweide, wo Spindler seine große Färberei hat, aus Sympathie mit den ausständigen Arbeitern dieser Despotie die Fenster illuminiert. Daß in allen 80 Maiversammlungen die Berliner Arbeiterschaft wie immer, so auch heute treffliche Disziplin hielt, soll nur nebenher erwähnt werden. Die von der Gewerkschaftskommission ausgearbeitete Resolution, in der die gewerkschaftlichen und politischen Forderungen der sozialistischen Arbeiterschaft formuliert waren, kam einstimmig zur Annahme.

Die Zahl derer, die den Maitag durch Arbeitsruhe begangen haben, ist nicht abzuschätzen und wird sich auch später schwerlich präzisieren lassen. Aber darüber war nirgendwo ein Zweifel, daß an Ausdehnung auch die Maifeier des Vorjahres weit, weit hinter der diesjährigen zurückgeblieben, daß heute das Ziel der völligen Arbeitsruhe am ersten Mai in greifbarste Nähe gerückt ist. Der Anteil einer planmäßigen Agitation an diesem Resultat soll gewiß nicht unterschätzt werden, aber die Gewalthaber sollen auch nicht vergessen, daß heute die Massenkundgebung zum guten Teil ihnen selbst zu danken ist.

Die Maifeier in Chemnitz

sah eine Teilnehmerzahl, wie noch nie zuvor. Besonders die Vormittagsveranstaltung fiel als imposante Kundgebung auf. Zum ersten Male hatte die Polizeibehörde die Erlaubnis zu einem losen Zuge nach dem Volkshause gegeben. Die Festrede wurde von lebhaften Pfui-Rufen unterbrochen, als der Redner auf die jüngsten

Vorkommnisse in Preußen-Deutschland, im besonderen auf das Breslauer Blutbad zu sprechen kam. Die Mai-Resolution gelangte zur Annahme. Am Abend fanden in Chemnitz und der näheren Umgebung 14 große Versammlungen statt, die so stark besucht waren, daß in einigen Fällen die Säle polizeilich gesperrt wurden.

* * *

Die Maifeier im Ausland.

Die Maifeier in Paris

hat einen blutigen Verlauf genommen und zu zahlreichen Zusammenstößen und Verhaftungen geführt. Die Polizei ging von vornherein mit „gewohnter" Schneidigkeit vor, sodaß es zu diesen beklagenswerten Konflikten kommen mußte. Der Ordnungsdienst, wurde, wie die loyale Presse geflissentlich meldet, in strengster Weise gehandhabt. Ansammlungen wurden nicht geduldet. Eine Anzahl von Leuten, die dem Befehl weiterzugehen nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. Alle Bahnhöfe des Stadtgebietes waren durch Infanterie-Abteilungen, Schutzleute und Gendarmen besetzt. Auch in den öffentlichen Gebäuden waren Truppen stationiert. Im Laufe des Vormittags wurde eine Anzahl Anarchisten verhaftet, die ausgewiesen werden sollen. 160 Personen wurden gegen Mittag nach der Kaserne Chateau d'eau übergeführt. — Die streikenden Buchdrucker versuchten am Eingang der Arbeiterbörse sich zu einem Zuge zu formieren, als die Polizei eingriff. Es entstand ein heftiges Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Manifestanten zu Falle kamen und mit Füßen getreten wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Einer Gruppe von 200 Manifestanten gelang es, sich wieder zu sammeln und unter Gesang bis zur Straße Faubourg du temple vorzudringen. Die Kaufleute schlossen die Läden. Schutzleute zu Rad holten die Manifestanten ein und wurden mit Steinwürfen empfangen. Nachdem die Verstärkung erhalten, zogen die Schutzleute die Revolver, worauf die Manifestanten auseinanderliefen. Es heißt, daß niemand verletzt worden ist. Nach anderen aus Paris eingelaufenen Meldungen fand um die Arbeitsbörse ein stundenlanger Kampf zwischen den Manifestanten und der Staatsgewalt statt. Letztere behauptete schließlich das Feld. Angeblich sind über 800 Verhaftungen vorgenommen worden. Beiderseits gab es zahlreiche leichte Verletzungen ohne schwere Folgen.

Unter den Verhafteten befindlichen Ausländer, fast ausschließlich Mitglieder des russischen Bundes werden ohne jegliche Ausnahme aus Frankreich ausgewiesen. — Von den Führern des Gewerkschaftsverbandes wird versichert, daß der allgemeine Streik, der angekündigt war, nicht zu erwarten sei. Die Gesamtzahl der vorgenommenen Verhaftungen beläuft sich auf 685, während 250 Personen verletzt wurden.

Die Maifeier in Brüssel

verlief ohne jede Kundgebung. Gegen 6 Uhr setzte sich ein von Sozialisten organisierter Straßenumzug in Bewegung, worunter sich zahlreiche Frauen und Kinder befanden. Es wurden Plakate getragen mit der Aufschrift: „Wir fordern den 8-Stundentag, Altersversorgung und politische Gleichberechtigung".

Auch in Antwerpen fand ein Straßenumzug statt, an dem sich zirka 5000 Personen beteiligten. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet.

Im russisch-polnischen Industrierevier

war die Maifeier allgemein. Auf allen Hütten und Gruben ruhte die Arbeit völlig. Die Feiernden hielten darauf, daß die Ruhe nicht gestört wurde. — Am Vorabend zum ersten Mai wurde auf einer Grube in Kliementow, in der Nähe der Grenze Sosnowice, ein Steiger von Revolutionären erschossen, der Arbeiter der Polizei denunziert hatte.

Der Reichstag

begann am Montag mit der zweiten Lesung der Reichsfinanzreform. Zuerst wurde die Brausteuervorlage beraten. Die Kommission hat zwar die Sätze der Regierungsvorlage ziemlich beträchtlich herabgesetzt, dafür aber in ersichtlicher Anlehnung an das schöne Muster der Warenhaussteuer die sogenannte Staffelung hereingebracht. Die kleinen und mittleren Betriebe sollen geschützt werden, daher werden die Großbetriebe einer Strafbesteuerung unterworfen. Natürlich wird der Zweck doch nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche Entwickelung läßt sich durch keine steuertechnischen Kunststücke aufhalten und keine Staffelung vermag die Konzentration des Kapitals zu hindern oder auch nur beträchtlich zu verlangsamen. Uebrigens wird auch die Kommissionsfassung nicht hindern, daß die Steuer von den Brauereien zunächst auf die Gastwirte und von diesen auf die Konsumenten abgewälzt werden wird. Somit belastet die Brausteuer einen Artikel des Massenkonsums und steht daher mit dem § 6 des Flottengesetzes in einem durch keine Sophismen wegzuleugnenden Gegensatz. In überzeugender Weise legten die Genossen Südekum und Stolle diesen Widerspruch und die Nutzlosigkeit der Staffelung dar. Die Redner der Freisinnigen, Dr. Müller-Sagan und Dr. Pachnicke, äußerten sich in demselben Sinne; dagegen möchten die Konservativen, für die Rettich und Gamp sprachen, das Bier noch mehr bluten lassen. Wird doch der ostelbische Schnaps den Vorteil davon haben! Das Zentrum hat einen Abänderungsantrag Speck eingebracht. Himmelhoch beschwor der Schatz-Stengel die lieben Freunde aus der Mitte des Hauses, die Einigung doch nicht zu stören, und Rheinbaben, der Schöngescheitelte, drohte mit dem Zurückziehen der Erbschaftssteuer, wenn der Reichstag nicht genug indirekte Steuern bewilligen will! Der Nationalliberale Becker und der süddeutsche Agrarier Wolff sprachen für die Kommissionsbeschlüsse, während der Antisemit Bruhn sich dagegen erklärte. — Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Mai 1906.

Die Berufung von Frauen in städtische Kommissionen plant die badische Regierung, nachdem bereits vor längerer Zeit die Stadtverwaltungen von Offenburg und Mannheim den Frauen Sitz und Stimme in den Armen- und Schulkommissionen verliehen hatten. In die Neubearbeitung der Gemeinde- und Städteordnung soll, nach der „Köln. Ztg.", eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der eine oder zwei Frauen als stimmberechtigt in Kommissionen für das Armenwesen, für Unterrichts- und Erziehungsangelegenheiten sowie für das öffentliche Gesundheitswesen, soweit dabei Frauen, Mädchen oder Kinder in Betracht kommen, aufgenommen werden können. Die Vertreter der Städte, denen dieser Gesetzentwurf zur Begutachtung zugegangen ist, wünschen jedoch die Ausdehnung der Mitwirkung der Frauen auch auf andere Kommissionen, zum Beispiel auf die Arbeitsnachweis-Anstalten, die Krankenhäuser, Wöchnerinnenasyle und dergleichen. Ferner erscheint es ihnen zweckmäßig, die Bestimmung über die Anzahl der zuzulassenden Frauen der Ortsbehörde zu überlassen sowie die Frauen unter völliger Gleichstellung mit den männlichen Mitgliedern der Kommissionen über alles mitberaten zu lassen, wofür die Kommission zuständig ist. — Und Breslau?

Parteigenossen!

Entsprechend dem uns vom Provinzialparteitag in Liegnitz gewordenen Auftrag berufen wir hierdurch den

12. schlesischen Parteitag

nach **Polsnitz** bei Freiburg in das „Gewerkschaftshaus" (E. Michaelis) auf

Sonntag, den 3. Juni 1906 (1. Pfingstfeiertag), **Vormittags 11 Uhr,**

ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht der Agitations-Kommissionen.
2. Die Parteipresse. Ref.: Oskar Heymann.
3. Unsere Teilnahme an Gemeindewahlen. Referent: Julius Bruhns.
4. Anträge und Verschiedenes.

Zum Parteitag kann jeder schlesische Reichstagswahlkreis einen bis drei Vertreter entsenden. Außerdem sind zur Teilnahme berechtigt je ein Vertreter der Redaktion, des Verlages und der Preßkommission der in Schlesien erscheinenden Parteiblätter.

Anträge zum Parteitage müssen bis spätestens 20. Mai bei dem Unterzeichneten eingehen.

Die Agitationskommission für den Bezirk Breslau.
O. Schütz, Breslau III.

Drei Redakteure im Gefängnis.

Jeder Kampf schlägt tiefe Wunden und manche Wunde hat schon in ihrem fast sechzehnjährigen Kampfe für die Befreiung des Proletariats unsere „Volkswacht" davongetragen. Mancher Sturm schon ist über unsere Zeitung hinweggebraust, unentwegt aber ist sie aufrecht stehen geblieben, unentwegt ist sie vorwärts geschritten, trotz aller Gefahren, die sie bedrohten, und sie wird auch den neuesten Schlag, den man in diesen Tagen gegen sie geführt hat, überdauern, ist er auch der schwerste, der bis jetzt über uns hereingebrochen ist.

Drei Redakteure der „Volkswacht" zugleich im Gefängnis!

Genosse **Löbe** verbüßt in Wohlau **ein Jahr Gefängnis „wegen Aufreizung zum Klassenhaß"**,

Genosse **Klühs** sitzt in **Untersuchungshaft „wegen Aufreizung zum Klassenhaß"**,

Genosse **Albert** ist **verhaftet „wegen Aufreizung zum Klassenhaß"**.

Aufreizung zum Klassenhaß! Ein Delikt, um dessen Willen unseres Wissens und unserer Erinnerung nach bis zum Fall Löbe eine Verurteilung noch nie erfolgt ist.

Wie wir bereits durch Extrablatt bekannt gegeben haben erhielt am Montag abend zunächst unsere Expedition den Besuch eines Polizeikommissars und zweier Schutzleute, die auf Grund eines vom Kommandeur der Schutzmannschaft, Polizeihauptmann Roll, unterzeichneten Befehls nach dem Hauptblatt der Nr. 100 der Mainummer unserer Volkswacht zu **haussuchen** und die vorgefundenen Exemplare zu **beschlagnahmen**. Bereits vorher war uns die Mitteilung geworden, daß die Polizei in einer ganzen Reihe von Gastwirtschaften die Nummer beschlagnahmte.

Im Anschluß an die Haussuchung wurde dann **Genosse Klühs von der Redaktion weg mitten aus der Arbeit heraus verhaftet** und mittels Droschke in das Polizeigefängnis gebracht, von wo er am nächsten Morgen in das Untersuchungsgefängnis überführt worden ist. Inzwischen waren alle Hebel angesetzt worden, um die Haftentlassung des Genossen Klühs zu erwirken. Auch Kaution wurde angeboten. Indessen ist die **Entlassung** des Genossen Klühs, der Nachmittags um 4 Uhr eine etwa eine Stunde währende Vernehmung hatte, **ohne Angabe von Gründen abgelehnt** worden. Man werde die Hauptverhandlung möglichst beschleunigen.

Wie unsern Lesern bereits bekannt ist, erfolgte die Verhaftung wegen des an der Spitze des Blattes abgedruckten Maigedichts von Leon Holly, der übrigens kein Sozialdemokrat ist. Im übrigen können wir feststellen, daß **in früheren Jahren dieses selbe Gedicht unbeanstandet durch die Presse gegangen** ist. Erst der Breslauer Polizei und der Staatsanwaltschaft in Breslau ist es vorbehalten geblieben, an dem Gedichte etwas Staatsgefährliches zu finden. — Natürlich ist gegen die Ablehnung sofort Beschwerde erhoben worden.

Der Verhaftung am Vorabend des ersten Mai folgte die Verhaftung am Abend des Festes selbst. Genosse **Albert** war in Begleitung seiner Familie und von Kollegen nicht lange erst von Cosel nach der Redaktion zurückgekehrt, als wieder, wie am Vorabend der Polizeikommissar Stockmann erschien und ihm die Mitteilung machte, daß er den staatsanwaltschaftlichen Auftrag habe, unseren Genossen wegen seiner **in der aufgelösten Tivoliversammlung gehaltenen Rede sofort zu verhaften.** Genosse Albert wurde darauf gegen 7 Uhr abends in einer Droschke in Haft überführt. Auch in diesem Falle sind alle Schritte eingeleitet, um die Haftentlassung zu erreichen.

Drei Redakteure der Volkswacht sind innerhalb kurzer Zeit ins Gefängnis gewandert und damit ihrer Tätigkeit, die allein dem Dienste für die Arbeiterschaft gewidmet war, entrissen worden. Wenn man aber geglaubt hat, damit die „Volkswacht" zu treffen, so befinden sich jene Stellen in einem gewaltigen Irrtum. Es sind alle Maßnahmen getroffen, damit unser Blatt in der altgewohnten Weise erscheinen kann, und nach wie vor werden wir sein und bleiben, das, was wir immer waren,

Das Arbeiterblatt!

Die „Volkswacht!"

Der Saalboykott in Klettendorf.

Der Fleiß und die Mühe unserer Posten stehenden Genossen hatten am Sonntag in Hänsels Lokal einen durchschlagenden Erfolg erzeugt. Denn es war eine reine Lust, mitanzusehen, wie die Spaziergänger aus Breslau, trotzdem sich der Wachtmeister und auch der Amtsdiener die größtmöglichste Mühe gaben, in einem Zuge bei dem Lokal vorbeigingen. Es war, wie am vergangenen Sonntag, wieder Tanzkränzchen und der Besuch für den Wirt sicher nicht herzerfreuend.

Im Saale waren um 5 Uhr 14 Personen anwesend, um 6 Uhr waren es 19 Personen. Die Zahl stieg dann um 7 Uhr auf 25, um 8 Uhr auf 40, bis um 9 Uhr hielt sie sich auf derselben Höhe. Wenn sonst der Gastwirt um diese Zeit die besten Geschäfte macht, so war hier mit dieser Zahl der Höhepunkt erreicht. Um 9½ Uhr waren es nur noch 8 Herren und 8 Damen, und es wurden dann um 10 Uhr 7 Herren und 18 Damen. Die Besucher verschwanden immer mehr, und so waren es um 10½ Uhr nur noch 7 Damen und 3 Herren. Daß der Wachtmeister für den guten Besuch sehr besorgt war, bezeugt die Aeußerung zu einem Genossen: „Wenn Sie sich nicht bald wegscheren, so bring ich Sie auf dem Bauche weg!" Famos, nicht wahr, was so ein Herr sich alles erlauben kann? Doch wir lassen uns nichts abtrotzen, unser der Sieg trotz alledem!

War der Besuch von Hänsels Lokal schon ein schlechter, so war es im Lokal von Berek, früher Schmidt in Hartlieb noch schlechter. Trotzdem der Gastwirt Wagen gemietet hatte, um die Gäste schockweise heranzubringen, so endete die Aktion mit einem glänzenden Fiasko. Der Garten hatte eine Höchstzahl von acht Personen aufzuweisen und der Saal blieb trotz des schönen „Böhmerwald" leer. Es lohnt kaum, einen Bericht zu geben. Waren doch um 5 Uhr ganze 4 Personen anwesend. Und um 6 Uhr waren es 9 Personen, welche Zahl sich um 7 Uhr auf 14 Personen und ein Kinderwagen erhöhte. Um 8 Uhr waren es 26 Personen, womit die Höchstzahl erreicht war. Von jetzt ab fiel die Besucherzahl, und es waren um 9 Uhr nur noch 17 Personen anwesend.

Man muß aber hier in Betracht ziehen, daß die Polizei nicht dem Lokal denselben Schutz angedeihen läßt, als wie es bei Hänsel der Fall ist. Der Amtsdiener war nur für kurze Zeit vor dem Lokale. Dafür sorgt aber Frau Berek für die nötige Unterhaltung, indem sie die Kinder auf der Straße mit der Peitsche verjagt. Auch erklärte sie, daß sie Hartlieb entvölkern werde indem sie eben allen ihren zahlreichen nur aus Arbeitern bestehenden Mietern mit der Kündigung droht, was in einem Falle schon zur Ausführung gelangte. Die Hartlieber sowie auch die Klettendorfer Arbeiter aber werden unentwegt der ausgegebenen Parole folgen und den Gastwirt Berek sowie den Gastwirt Hänsel mit ihrem Besuch nicht belästigen. Nur weiter so gehandelt, und auch wir werden denselben Erfolg haben, als in Breslau.

* **Zur Maifeier der Holzarbeiter!** Die Holzarbeiter haben ihr Wort glänzend eingelöst. Das beweisen folgende Zahlen: Auf ausgegebenen Fragebogen haben 101 Betriebe mit 1884 beschäftigten Personen geantwortet. Von den Beschäftigten waren 1302 verheiratet und 582 ledig. Organisiert waren 1607, darunter 18 im Hirsch-Dunckerschen und 10 im Christlichen Verband.

Den 1. Mai feierten durch Arbeitsruhe rund 1650 Kollegen und das trotz der Drohungen der Arbeitgeber, diese auf längere Zeit auszusperren. Zu diesen kommen noch die 431 Holzarbeiter, welche durch die Metallindustriellen ausgesperrt sind. Es demonstrierten somit am 1. Mai 2081 Holzarbeiter.

Zur Stunde haben 23 Arbeitgeber der Freien Vereinigung 580 Holzarbeiter auf 2 Tage ausgesperrt.

* **Wegen der Maifeier** ausgesperrt wurden vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe 300 Zimmerer, 500 bis 600 Maurer und 150 Bauarbeiter, soweit von den Organisationen bisher festgestellt worden ist.

* **Zirkus Busch.** Heute Mittwoch findet die erste Aufführung der Pantomime „Aus den Alpen" statt. Die Inszenierung dieser glanzvollen Novität erforderte einen großen Aufwand von Zeit und Mühe; hoffentlich wird die wohlverdiente Anerkennung seitens des Publikums nicht ausbleiben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Buchbinder!** In Berlin sind die Kollegen allgemein ausgesperrt worden. Wir ersuchen deshalb dringend, diese Tatsache am Orte genau beachten zu wollen!

Die Breslauer
Zahlstelle des deutschen Buchbinder-Verbandes.

Neueste Nachrichten.

Zur preußischen Schulvermauerung.

Berlin, 2. Mai. Die in der Schulkommission des Abgeordnetenhauses gestern vorgenommene Gesamtabstimmung über das Volksschulgesetz ergab die Annahme der Vorlage mit den 18 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen gegen die 7 Stimmen der Nationalliberalen und der Freisinnigen. Das Zentrum enthielt sich der Abstimmung. Die Einigung der drei Kompromißparteien, die bis dahin alle Differenzpunkte, namentlich auf dem Gebiete der konfessionellen Streitfragen, überwunden hatten, ging schließlich bei der Frage der Lehrer- und Rektorenwahl in die Brüche.

Grubenunglück in Oberschlesien.

Zabrze, 2. Mai. Auf dem Ostfeld der Königin Luisegrube ging gestern Abend der im Bau befindliche neue Bremsschacht plötzlich zu Bruche und verschüttete vier Häuer, von denen drei als Leichen, und später der vierte Häuer so schwer verletzt geborgen wurde, daß er seinen Verletzungen alsbald erlegen ist.

Quittung.

Für den verkrüppelten Kollegen Bielwald gingen ein: Von den Genossen aus Friedland durch Liebig 6.00 Mk. Distrikt 6 (Gräbschener Tor) durch Graf 5 Mk.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter
(Verwaltungsstelle Breslau).

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu eine Beilage.

Zigarren-Fabrik
W. Steiner Nachf. Otto Wruck
Friedrich-Wilhelmstraße 93
empfiehlt 1705
feine Fabrikate in bekannt guten Qualitäten.

Stadt-Theater.

Mittwoch:
Abends 8 Uhr:
„Salome."
Donnerstag:
„Des Meeres und der Liebe Wellen".
Freitag:
Wagner-Cyklus.
„Die Meistersinger von Nürnberg."

Lobe-Theater.

Mittwoch:
Gastspiel
Annie Dirkens:
„Mamzelle Nitouche".
Donnerstag:
„Die Geisha."
Freitag:
Gastspiel
Annie Dirkens:
„Die Dame von Maxim".

Thalia-Theater.

Mittwoch, Gruppe L, 4. Vorstellung:
„Der Weg zur Hölle."
Donnerstag:
Gruppe M, 4. Vorstellung
„Der Weg zur Hölle".

Liebich's Etablissement

Telephon 1846.

Mittwoch:
Zum zweiten Male:
Conrad Dreher's
30 Schlierseer
mit Xaver Terofal.
's Liserl von Schliersee.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen 12
n. A.:
Lotte Sebus.
Roland
der größte Akrobatist der Welt.
Fritz Waldow
Pons Wochentags gültig.

Zeltgarten

Dir. H. Krzinzik.
Des kolossalen Erfolges wegen prolongiert das
Budapester Possen-Ensemble
Folies Comique.
Neu! Neu!
Moritz Mandelblüh
auf der Hochzeitsreise.
Entree 30, Reserv. 50 Pf.
Im Garten:
Täglich großes Konzert
der ausgezeichneten italienischen Gesellschaft Carmen.
Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Tunnel.

Palmengarten

Dir.: H. Krzinzik.
Ab 1. Mai: Das
Elite-Orchester Naupold.
Entree frei.

Konsum-Verein für Striegau und Umgegend.

(E. G. m. b. H.)
Außerordentliche
General-Versammlung
Mittwoch, den 9. Mai cr., abends 7½ Uhr im Gasthof zur „Bierquelle" in Gräben.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Kenntnisnahme von der Grundsteinlegung zur Bäckerei. 2. Bericht über Unterverbandstage in Breslau. 3. Gehaltserhöhung für den Vorstand. 4. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes. 5. Wahl einer Agitations-Kommission. 6. Beschlußfassung.

Der Eintritt ist nur Mitgliedern gestattet und werden Dieselben ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins für Striegau und Umgegend. (E. G. m. b. H.) P. Köhler, Vorsitzender.

„Die Gleichheit"

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.
Erscheint alle 14 Tage.
Preis pro Nummer 10 Pf.
Zu haben in der Expedition und bei den Zeitungsträgern.

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 2. Mai 1906, abends 7½ Uhr:
Gala-Premiere.
Zum 1. Male:
Aus den Alpen.
Große Manege-Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch.
Inszeniert von Direktor Busch. Arrangiert von Herrn Burghardt-Foorett. Musik vom Kapellmeister Taubert. Tänze einstudiert vom Königl. ital. Hofballetmeister Ottavi. 1. Akt: In den Hochalpen. 2. Akt: Schützenfest. 3. Akt: Im Walde. Ermordung des Försters. 4. Akt: Gerichtsfest. 5. Akt: Wasser-Akt, besonders hervorzuheben Automobilfahrung aus der Höhe der Zirkus-Kuppel. 6. Akt: Gefängnis. 7. Akt: Große Felsenschlucht mit elektrischen Effekten.
Nach dem Wasser-Akt:
Heiterhafte Schluß-Apotheose.
Beginn der Pantomime um 9¼ Uhr. Um 8¼ Uhr: Neu! Um 8¼ Uhr.
70 dressierte Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn Willy Hagenbeck sowie des Dompteurs Herrn Albers.
Außerdem: Das Riesenprogramm.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Billet-Vorverkauf:
zu Kassenpreisen im Zigarrengeschäft von Gust. Ad. Schleh (Tel. 2219) Schweidnitzerstr., Ecke Zwingerpl. Die Zirkuskasse (Tel. 3824) ist täglich von 11 Uhr vormittags ab geöffnet. 1684

Dominikaner.

Täglich die
Original-Farinelli's.
Entree 10 Pfg., reserviert 20 Pfg.
Sonntag: 1707
Entree 20 Pfg., reserviert 30 Pfg.

Konzerthaus Flora.

Dir. H. Krzinzik.
Neues Damen-Salon-Orchester.
Entree frei.

Ohlauer Chaussee 21,
Wohnungen von 18 bis 30 Mark zu vermieten. 1712

Fahrrad,
neu, billig zu verkaufen 1711
Berlinerplatz 6, III, rechts.

Die Kenntnis der
Buchführung
ist wirklich ein
Schatz fürs ganze Leben!
Erwerbe ihn in [1363
Bäck's Handels-Schule
Herrenstrasse 6.
Prospekt gratis!
Eintritt täglich.

Pianos,

Flügel und Harmoniums größte Auswahl, jede Preislage. Teilzahlungen, Miete, Reparaturen, Stimmen. [1708
Georg Neumann
Breslau, Neue Graupenstrasse 13.

Buchhandlung Volkswacht.
Die französische Revolution von Wilhelm Blos
20 Hefte à 0.20

Schweidnitz.

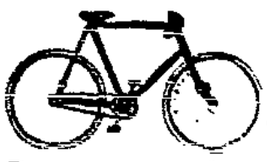
Am 30. April, nachmittags 6 Uhr, verschied unser einziges Söhnchen 1710
Hermann Hoffmann
im Alter von 3 Jahren 4 Monaten.
Dies zeigen schmerzerfüllt an Die trauernden Eltern.
Beerdigung: Donnerstag, den 3. Mai, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhaus Promenadenstrasse No. 1 aus.

Liegnitz.

Sonnabend, den 5. Mai 1906, abends 8 Uhr
Frühjahrsvergnügen
der **Handels- u. Transportarbeiter**
im Gewerkschaftshaus (Hinterbleiche) 1622
mit Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.
Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Gesellschaftswagen

zu Ausflügen, 8–20 Personen fassend, sind zu verleihen bei
C. Jackisch, Klosterstr. 140.
Telephon 841. [1606



Cito-, Opel- und Stahlrad-
Fahrräder sind bekanntlich die besten und zuverlässigsten, daher auch die billigsten.
Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.
Teilzahlung gestattet! 2 Jahre Garantie.
Reparatur-Werkstatt. Sämtliche Ersatzteile.
Josef Swienty, Matthiasstraße 104, am Waterlooplatz.
Keine Filiale, sondern eigenes Geschäft. 1173

Möbel-Kredit

Zähne 2 Mk. ohne Nebenk.
H. Reszka, noch immer Nikolaistraße 64, I.

Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- u. Schnupftabake,
Spazierstöcke 1041
vom einfachst. b. feinsten Genre empfiehlt in großer Auswahl
Gustav Baier,
Idalberstr. 2, Ecke Uferstraße an der Lessingbrücke.
Filiale: Kaiserstraße 50/51, Ecke Altbüßerstraße.

Fabrik-Reste
zu ganzen Anzügen von **Mk. 6.00** an, ebenso spottbillig an **Reste** zu Beinkleid, Hosen, Kostümen, Röcken, Damen-Jacketts.
C. Puschmann
Breslau, Ohlauerstraße 31.

Strohhüte [1611
für Damen, Herren u. Knaben
billigst **direkt** in der Strohhut-Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof,
Freund & Kreba.

Merken Sie sich

wenn Sie Bedarf in 1706
Möbeln, Betten
Polsterwaren
Herren- u. Damen-Garderobe
u. s. w. haben, meine Firma, Strasse und Hausnummer.

Möbel für Mk. **98,** Anzahlung Mk. **10**
Möbel für Mk. **195,** Anzahlung Mk. **20**
Möbel für Mk. **298,** Anzahlung Mk. **30**

S. Osswald,

Schuhbrücke No. 74,
gegenüber der Magdalenen-Kirche.

Julius Eifler's Wwe.

Sargmagazin u. Beerdigungs-Anstalt 1172
Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 55/57
Ecke Friedrich-Carlstr.
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung
einer gütigen Beachtung.

Aus einer
Zwangs-Versteigerung

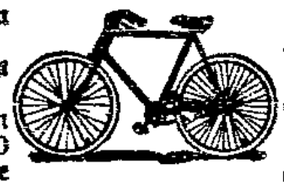
können Sie Fahrräder nicht billiger kaufen wie bei uns. Durch günstigen Kauf von
2000 Fahrrädern
sind wir i. d. Lage zu außergew. Preisen zu verkaufen.
Presto-Fahrräder.
vornehmste und gediegenste Marke. Modernste Ausstattung.
Wratislavia-Fahrräder,
feinstes deutsches Erzeugnis, aus garantiert nur erstklassigem Material, unerreicht in leichtem Lauf und stabiler Ausführung. Auf diese gewähren bis 5 Jahre Garantie laut unserem Garantieschein. **Einzelne Maschinen verkaufen wir bis 40% unter Original-Katalog-Preis.** 759
Puch-Motorzweiräder sind die schnellsten und unbedingt zuverlässig. Gute Laufdecken Stück Mk. 2,50. Gute Luftschläuche, Stück Mk. 2.
Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile spottbillig.
Thorwarth & Hielscher, Nikolaistr. 69.

Günstigste Gelegenheit.

Durch günstigen Einkauf von ca. **4500** neuen Fahrrädern bin ich in der Lage, staunend billigen Preise erstklassige Markenräder zu verkaufen.

Erstklassige deutsche Fahrräder, 1 Jahr Garantie . . . . . Mk. 59.—
" " " mit Doppelglockenlager Mk. 61.—, 66.— u. 70.—
Corona-Fahrräder,
Modell 1906 v. **105** Mk. an
Expreß-Fahrräder,
Modell 1906 v. **105** Mk. an
Phänomen-Fahrräder,
Modell 1906 v. **105** Mk. an
Laufdecken Mk. 2.75, 3.— u. 3.50
" ½ Jahr schriftl. Garantie Mk. 4.50 u. 4.75
" extra prim., 1 Jahr schriftl. Garant. Mk. 5.50, 6.— u. 6.50
Luftschläuche Mk. 2.20 u. 2.50
" ½ Jahr Garantie Mk. 3.—, 3.25 u. 3.50
" extra prima, 1 Jahr schriftl. Garant. Mk. 3.75, 4.— u. 4.50
Luftpumpen 40 Pf.
3teilig 70 Pf. 4teilig Mk. 1.—
Fußpumpen 85 Pf.
extra stark Mk. 1.— u. 1.25

Fahrradketten	. . . . .	Mk. 1.50
Prima Doppelrollenketten	.	Mk. 2.—
Schutzbleche	p. Paar	Mk. 1.15
Lenkstangen	. . . . .	Mk. 2.75
Kompl. Vorderrad	. . . .	Mk. 4.50
Hinterrad	. . . . .	Mk. 5.50



Rähmaschinen
5 Jahre schriftliche Garantie Mk. 43.50
Schwingschiffchen 5 Jahre Garantie Mk. 65.—
Ringschiffchen 5 Jahre Garantie Mk. 75.—
Für meine erstklassigen
Orkan-Fahrräder C
leiste ich 5 Jahre schriftliche Garantie, laut Katalog und Garantieschein. Dies sind Vorteile, welche Ihnen von anderer Seite wohl kaum geboten werden.

Durch günstigen Einkauf von ca. 4500 neuen Fahrrädern bin ich in der Lage, die niedrigsten Preise zu stellen.

Hauptkatalog über **Orkan-Fahrräder, Nähmaschinen** und sämtliche **Ersatzteile** versende gratis und franko an **Jedermann** ab **meiner Fabrik.**

Bernhard Wedler, Orkan-Fahrrad und Nähmaschinen-Fabrik
f. Fahrradteile. Größtes Fahrradhaus Mittel- und Oberschlesiens, Posens, Pommerns, Ost- und Westpreußens.

Beilage zu Nr. 101 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 3. Mai 1906.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung. Montag, den 30. April, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Freiherr von Stengel, Freiherr von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Reichsfinanzreform und zwar steht zunächst zur Verhandlung die

Brausteuervorlage.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Ballestrem beginnt die Beratung bei § 3a, nach dem die Steuer betragen soll:

von den ersten	250	Doppelzentnern	4.00 Mark
von den folgenden	250	„	4.50 „
„ „ „	500	„	5.00 „
„ „ „	1000	„	5.50 „
„ „ „	1000	„	6.00 „
„ „ „	1000	„	6.50 „
„ „ „	1000	„	7.00 „
„ „ „	1000	„	8.00 „
„ „ „	1000	„	9.00 „
von dem Reste			10.00 „

Abg. **Dr. Südekum** (Sozialdemokrat):

Trotz aller Ableugnung läuft die Vorlage auf eine Belastung des Konsums heraus. Daran werden auch die Ermäßigungen nichts ändern, die die Kommission an den Sätzen der Regierungsvorlage vorgenommen hat. Wenn die Brauereien nicht den größten Teil ihres heutigen Reingewinnes an den Fiskus abgeben wollen — und das wird ihnen natürlich nicht einfallen — so müssen sie die Steuer abzuwälzen suchen und zwar zunächst auf das Mittelglied zwischen Produzenten und Konsumenten, die Gastwirte. Da die Aktien der großen Brauereien nicht gefallen, sondern gestiegen sind, so ergibt sich, daß die Brauereien bereits entschlossen sind, die Abwälzung vorzunehmen, und auf vollen Erfolg dabei rechnen. Wohlverstanden sind nur die Aktien der Großbrauereien, nicht die der Kleinbrauereien gestiegen. Die Staffelung wird also, gerade wie die württembergische, schließlich dazu beitragen, die Großbrauereien auf Kosten der Kleinbrauereien zu begünstigen. Die Entwickelung zum Großbetriebe läßt sich eben nicht durch steuertechnische Maßnahmen aufhalten. Wir werden die Kommissionsfassung ebenso verwerfen, wie die Regierungsvorlage. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Rettich** (kons.): Wir werden für die Kommissionssätze stimmen, obwohl wir bedauern, daß die höheren Regierungssätze abgelehnt sind. Angesichts so niedriger Sätze kann von einer Verteuerung des Konsums keine Rede sein. Wenn ein Teil der Schankwirtschaften, namentlich in Berlin, eingehen würde, so wäre das kein Unglück.

Abg. **Dr. Müller-Sagan** (freis. Vp.): Den Herren von der Rechten ist also die vorgeschlagene Staffelung noch viel zu niedrig. Ich kann die Ausführungen des Dr. Südekum durchweg unterschreiben. Alle Bemäntelungen helfen nicht darüber hinweg, daß es sich bei der vorgeschlagenen Brausteuer um eine Gewerbesondersteuer oder Sondergewerbesteuer handelt. Warum soll nun aber gerade das Brangewerbe mit einer solchen Sondersteuer belastet werden? Warum nicht z. B. auch die Schwereisenindustrie? Dazu würden allerdings die Nationalliberalen nicht Ja sagen. (Sehr gut! links.) Die konsumsteigernde Wirkung der Biersteuer kann ferner noch ebenfalls nicht in Abrede gestellt werden. Wollen sie mit Profit arbeiten, so müssen die Brauereien die Steuer abwälzen. Die Staffelung wird die Abwälzung nicht verhindern. Allenfalls ließe sich eine Staffelung billigen, die den Unterschied in der Malzausbeute zwischen größeren und kleineren Brauereien ausgleicht. Aber jede über den Unterschied dieser Ausbeute hinausgehende Spannung ist zu verwerfen, wenn wir nicht eine bisher unerhörte Gewerbesondersteuer einführen wollen. Dazu wird die Staffelung ihren Zweck, die kleinen Brauereien zu begünstigen, nicht erreichen, sondern nur das Signal zu einem erbitterten Konkurrenzkampf geben, in welchem die Kleinbrauereien am schwersten leiden werden. Verschärfung des Gegensatzes zwischen größeren und kleineren Betrieben wird die Folge der Ueberspannung des Staffelprinzips sein. — Schon jetzt ist das Brauereigewerbe durch die Erhöhung der Gerstenzölle weit höher belastet als früher. Dazu kommt, daß die Löhne in den norddeutschen Brauereien weit mehr gestiegen sind als in den süddeutschen. Schon dies sollte das Beibehalten der geringeren Belastung der ersteren veranlassen. Wo der Biergenuß eingeschränkt wird, da schreitet der Schnapsgenuß fort. (Sehr wahr! links.) Die Herren Agrarier haben an dieser Entwickelung freilich ihre Freude; die Volksgesundheit aber wird durch die Ausbreitung des Schnapsfusels schwer leiden. — Zu allem diesem kommt noch hinzu, daß der finanzielle Erfolg einer Brausteuererhöhung mehr als zweifelhaft ist. Herr Rettich berief sich auf die sonderbare Regierungsstatistik über den Schankutzen der Gastwirte. Diese Tabelle ist der Kommission nicht sowohl mitgeteilt, als vielmehr vorenthalten worden. (Sehr gut! links.) Durch höchst eigenartige Methoden hat das Reichsschatzamt es fertig bekommen, die Resultate herauszurechnen, die es haben wollte. So hat man, um einen möglichst hohen Durchschnitt des Gastwirtseinkommens herauszurechnen, besonders in Animierkneipen Erhebungen veranstaltet. (Heiterkeit.) Tatsächlich beträgt der durchschnittliche Gewinn der deutschen Gastwirte 1300—1500 Mk. pro Jahr und Kopf. — Daß diese Vorlage in offenbarem Widerspruch zum § 6 des Flottengesetzes steht, werde ich bei anderer Gelegenheit nachweisen. Der Antrag Becker, der eine noch weitergehende Staffelung vorschlägt, ist um nichts besser als die Regierungsvorlage. Wir sehen am liebsten die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ohne Staffelung. Schon deshalb ist eine Sondersteuer auf die Großbrauereien unstatthaft, weil sich ihre Aktien durchweg in den Händen kleinerer oder mittlerer Existenzen befinden. Der einzig reale Erfolg der Vorlage wird sein, daß sie neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie liefert. (Beifall links.)

Reichsschatzsekretär Frh. **v. Stengel** dankt der Kommission für ihre fleißige, sachliche Arbeit. Wenn dieser Geist der Sachlichkeit auch über den Arbeiten des Plenums schweben wird, so dürfen wir eine gedeihliche Vollendung des großen Werkes der Reichsfinanz-Reform erwarten. Unsere Erhebung über den Schankutzen konnte nach Lage der Dinge nicht lückenlos sein. Soviel aber ergibt sich aus ihr, daß wenigstens in den größeren Städten der Schankutzen der Wirte sicher kein geringer ist. Nach der Regierungsvorlage beträgt die Belastung etwa einen halben Pfennig das Seidel. Da kann doch von einer schweren Belastung nicht die Rede sein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Becker-Hessen** (Natl.) empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse und verteidigt das Prinzip der Staffelung. Man hat das Bier wieder als Nahrungsmittel bezeichnet und es auch flüssiges Brot genannt. Dann ist es jedenfalls ein sehr teueres Brot, denn die im Biere befindlichen Extraktstoffe kommen viel billiger zu stehen, wenn man sie in anderen Produkten genießt. Die kleineren und mittleren Brauereien haben sich durchaus für die vorgeschlagene Staffelung erklärt. (Hört, hört! bei den Natl.) Diese Staffelung entspricht auch den Wünschen der Landwirtschaft. Eine Abwälzung ist schon deshalb ausgeschlossen, weil die kleinen und mittleren Brauereien den jetzigen Preis halten werden. Man mag mit einigem Recht diese Steuer als Gewerbesondersteuer bezeichnen, aber daß ihre Tendenz auf ausgleichende Gerechtigkeit geht, wird nicht verkannt werden dürfen. (Sehr gut! rechts und im Zentrum.) Das Steigen der Brauereiaktien beweist, daß auch die Großbrauereien nicht allzuschwer leiden werden. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Gamp** (Rpt.) kommt auf seine Polemik bei der ersten Lesung gegen den Abg. Pachnicke zurück und hält daran fest, daß in Berlin noch immer Zuschläge auf die Malzsteuer erhoben werden, wenn man die Steuersätze für die kleineren Brauereien herabgesetzt hat, so sollte man doch wenigstens an möglichst hohen Sätzen für die großen Brauereien festhalten. Es ist eine Inkonsequenz, daß die Bayern, die bei sich die Brausteuer hochhalten, für niedrige Sätze der norddeutschen Brausteuer eintreten. — Ich glaube weder an die Abwälzung noch an die Konsumeinschränkung infolge der Steuer. Wenn wirklich eine kleine Verteuerung eintritt, so wird der Bierkonsument eben auf andere Genüsse verzichten. (Lachen links.) Der Abgeordnete Südekum sollte sich doch nicht so darüber entrüsten, daß die Agrarier auch einmal von der Gesetzgebung Vorteile haben wollen. (Große Heiterkeit links.) Redner bittet um Ablehnung aller Abänderungsanträge, die nur Uneinigkeit in die Mehrheit bringen können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (Freis. Vgg.) polemisiert gegen den Abg. Gamp. Auf der Protestversammlung der Brauer ist es sicher ruhiger, würdiger und sachlicher hergegangen, als auf den Zirkusversammlungen der Agrarier. — Ich wundere mich über das Lob, das der Staatssekretär der Kommission gespendet hat. Sie hat doch den Steuerstrauß der Regierung arg verzaust. — Addiert man die Erträgnisse der norddeutschen Gemeinschaftsbiersteuer zu denen der süddeutschen Biersteuer, so ergibt sich, daß das Bier durchaus nicht weniger belastet ist als andere Genüsse. Gewiß hielt, wie hier erwähnt worden ist, auch mein verstorbener Freund Richard Rösicke eine Reform der Brausteuer im Sinne einer gerechten Verteilung der Lasten zwischen Groß- und Kleinbetrieb für möglich. Aber die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze gehen weit über die Differenz in der Malzausbeute heraus. Die Kommissionsbeschlüsse stellen geradezu den wirtschaftlichen Fortschritt unter Strafe und setzen eine Prämie auf technische Rückständigkeit. Durch derartige Gesetzmacherei erschüttert man die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte. Schon heute beginnen die Brauereien Preiskonventionen abzuschließen, um die Lasten der neuen Steuer abzuwälzen. Es fragt sich sehr, ob die abgewälzte Steuer bei den Gastwirten hängen bleiben wird. Sie wird schließlich doch auf die Konsumenten fallen und damit sich in offenbarem Widerspruch zu dem § 6 des Flottengesetzes stellen, der weitere Belastungen des Massenkonsums ausschließt und den das Zentrum zu seinem politischen Programmpunkte gemacht hat. — In Bayern, in Baden und in Württemberg hat sich die Staffelung als völlig erfolglos erwiesen. Der deutsche Handelstag und zahlreiche Handelskammern, also sachkundige Körperschaften, haben sich gegen das Staffelungsprinzip erklärt. Wir werden so lange nicht neuen indirekten Steuern zustimmen, als auf direktem Wege durch die Reichserbschaftssteuer genügend Mittel beschafft werden können und wir sind überzeugt, daß auch die Regierung auf den Weg der direkten Besteuerung gedrängt werden wird. (Bravo! links.)

Finanzminister Frhr. **von Rheinbaben**: Nach der Rede des Abg. Pachnicke sollte man beinahe glauben, daß ein Schutzgesetz für die armen notleidenden Großbrauereien notwendig sei. (Heiterkeit rechts.) Der Zucker bringt 133 Millionen Mark, der Branntwein 140 Millionen, das Bier in der norddeutschen Biersteuergemeinschaft sage und schreibe 80 Millionen Mark. Der Alkohol im Branntwein ist ungefähr viermal so hoch besteuert, wie im Bier. Die freisinnigen Redner sprechen von einer Sondergewerbesteuer, verlangen aber in einem Atemzuge stärkere Heranziehungen des Branntweins. Was dem einen recht ist, ist auch dem andern billig. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben doch bisher schon das Brennereigewerbe weit höher besteuert, als die Brauerei. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß entschieden die Frage bejahen, ob das Bier eine höhere Belastung vertragen kann. Das deutsche Volk gibt jährlich 1840 Millionen Mark für Bier aus. Andere schätzen das Ergebnis sogar auf anderthalb Milliarden. (Hört, hört! rechts.) Kann man da im Ernst behaupten, daß das notwendige Ausgaben seien? Anderswo ist der Bierkonsum viel stärker belastet. In Süddeutschland bestehen bereits die von uns vorgeschlagenen Sätze und trotzdem hat dort keine durchgehende Erhöhung der Kleinpreise für Bier stattgefunden. Ich würde eine Abwälzung für außerordentlich bedauerlich und für ganz ungerechtfertigt halten. Der bisher noch nicht beratene Antrag Speck würde eine weitere Abbröckelung unserer Finanzreformpläne bedeuten und einen weiteren Ausfall von 4½ Millionen Mark bewirken, obwohl das Defizit durch die Kommissionsbeschlüsse nicht im entferntesten gedeckt sein würde. Die Kommissionsbeschlüsse haben schon die 65 Millionen, die wir aus der Brausteuererhöhung ziehen wollten, auf 28 bis 29 Millionen herabgemindert. Aus der neuen Tabaksteuer erhofften wir 28 Millionen; daraus ist gar nichts geworden. Durch Aufgabe ihrer Bedenken gegen die Erbschaftssteuer hat die Regierung ein großes Entgegenkommen gezeigt. Je schwerer Sie es der Regierung machen zur Deckung des Defizits den ordnungsmäßigen Weg der indirekten Steuern zu beschreiten, desto schwerer machen Sie den verbündeten Regierungen ihr Entgegenkommen in Sachen der Erbschaftssteuer. (Zuruf links: Im Gegenteil!) Ich bitte daher um Ablehnung des Antrags Speck. (Beifall bei den Kons.)

Abg. **Speck** (Zentr.): Eine große Mehrheit der Kommission hat die Frage der stärkeren Heranziehung des Bieres bejaht und auch der deutsche Handelstag hat sich nur mit 15 Stimmen Mehrheit gegen die Erhöhung der Brausteuer ausgesprochen. Andererseits beweisen gerade die Ausführungen des Finanzministers über den Bierkonsum, daß weite Volkskreise, namentlich in Süddeutschland, das Bier als Nahrungsmittel betrachten. Die Kommissionsbeschlüsse und die in ihnen vorgesehene Staffelung bedeuten unzweifelhaft einen großen Fortschritt gegenüber der Regierungsvorlage. Die Verhältnisse des Brauereigewerbes in Süd- und Norddeutschland sind nicht vergleichbar. Mein Antrag bedeutet nur einen Ausfall von etwa einer Million gegenüber den Kommissionsbeschlüssen und wird die Verständigung über die Vorlage erleichtern. (Bravo! im Zentr.)

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß ein Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag und der Antrag Speck eingelaufen sei.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Stengel**: Wir bedauern, daß die Kommission sich soweit von der Regierungsvorlage entfernt hat. Ich muß auf das allerentschiedenste bestreiten, daß unsere Sätze mit dem § 6 des Flottengesetzes unvereinbar waren. Ich bin überzeugt, daß viele Herren vom Zentrum und namentlich der Abgeordnete Roeren derselben Ansicht sind. Die linke Seite schlägt erneut direkte Reichssteuern vor; nach meiner Wahrnehmung ist aber die Mehrheit des Reichstags gegen eine Reichseinkommensteuer. Die Mehrheit sollte doch wenigstens den Kommissionsantrag unverändert annehmen. Ich bitte daher das Zentrum dringend, den Antrag Speck zurückzuziehen. Mehr noch, als der zu erwartende Ausfall von 4½ Millionen Mark ist uns die Tatsache bedenklich, daß man anscheinend von den Parteien, die sich in der Kommission zu positiver Arbeit zusammengefunden haben, eine bereits wieder im Begriff ist, von der Arbeiterkommission wiederum abzufallen. (Große Heiterkeit links.) Da vielleicht andere Fraktionen diesem Beispiel folgen möchten, so bedeutet dies Vorgehen eine schwere Gefährdung des ganzen Werks. Auch kommen doch 4½ Millionen bei 1½ Milliarden garnicht in Betracht. (Beifall rechts.)

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

25] (Nachdruck verboten.)

Dieses Bewußtsein war überwältigender noch, als der erste selbstverdiente Taler es gewesen war! Ich ging wie im wachen Traum umher und deklamierte meine Verse leise vor mich hin.

Und hatte gar keinen Grund, so stolz zu sein! Der Fleischer schickte jetzt schon wöchentlich seine kleine Rechnung — und all' die schönen gedruckten Gedichte hatten mir keinen Pfennig eingebracht.

Nicht einmal ein Pfund Kartoffelsalat konnt' ich bezahlen mit all' meiner Poesie.

So mußten wir denn doch in das Sommerpensionat. Trotz des geheimen Grauens, das mir dieser Wechsel meines Lebens einflößte.

Im ersten Jahre hatten wir eine gute Köchin engagiert, und auch die Einnahme war gut, da sich die Saison vorzüglich anließ. Im Winter hatte ich ebenfalls Gelegenheit, für unsern Unterhalt zu sorgen. Ich hatte auf Grund der von den Klassenlehrern meiner ehemaligen Schüler mir ausgestellten Zeugnisse eine Anstellung als Hilfslehrerin in der Volksschule erhalten.

Auch das ist mir nicht leicht geworden, dies Unterrichterteilen in überfüllten Klassen. Ich habe nicht strafen können, Liebling, und jedes harte Wort tat mir am wehesten. Aber der Fleischer konnte bezahlt werden.

Und dann im nächsten Sommer — hätte ich mich beinahe verlobt.

Hab' ich Dir schon erzählt von dem kleinen Gymnasiallehrer aus Posen, Seele? Er war bei uns in Pension, — und am dritten Tage wußte ich, daß er mich lieb hatte.

Ein Unwetter, wie ich noch keins erlebt, hatte die ganze Nacht getobt. Die Blitze tauchten den schweigenden Garten in eine schimmernde, blaue Flut, und der Donner schmetterte seine furchtbare Predigt von Zerstörung, Tod und Vernichtung in gellenden Lauten auf die Häupter der Menschen herab. Und sie lagen mit den Stirnen im Staub, bebend, wimmernd und flehend zu der höchsten Macht um Gnade, um Errettung. . . . . .

Aber alle Knospen, die da keimten, tranken die stürzenden Fluten mit unsäglichem Wohlgefühl.

Ich wagte mich hinaus in die Lohe. Denn lichte Lohe war die ganze Welt. Ich schritt durch den flammenden Garten und hörte während des knisternden Krachens um mich her die Feuerglocken von den Türmen lärmen. Ich sah den Feuerschein am Horizont aufschlagen, sah von den Masten der Schiffe drüben im Hafen die lodernde Flagge wehen. — —

In allen Dörfern ringsum hatte der Blitz gezündet. Die Mastbäume hinab war er gefahren wie ein ringelnder Schlangenleib.

Und ich hatte — seit jenem Blitzschlag in Berlin zum ersten Male wieder — die Schauer des Triumphgefühls inmitten der Raserei der Naturkräfte gespürt.

Am anderen Morgen war der Himmel rein. Mit zwei großen Körben am Arm ging ich zum Einkaufen auf den Wochenmarkt. Da kam der kleine Gymnasiallehrer hinter mir her. Ich fühlte seine Nähe, bevor ich ihn sah; aber ich blickte mich nicht um.

„Fräulein Wilma, sind Sie wohlbehalten? Das war ein Wetter in der Nacht! Ich habe mich geängstigt um Sie!“

Halb erstickt kamen die Worte aus seiner Kehle. Die kalten, kalten Worte! Aus seiner Seele aber züngelte der Blitz. . . . . .

Mit einem freundlichen Lächeln drehte ich mich zu ihm herum und sagte mit leicht bedeckter Stimme:

— „Und ich habe die ganze Nacht an Sie gedacht — —“

Sieh mich nicht so strafend an, Du Liebling! Eine bewußte Lüge war das nicht. Ich hatte wahrhaftig in dieser Wetternacht an den kleinen, sympathischen Menschen im Nebenhause gedacht, der so lieb von seiner alten Mutter und von seiner Schwester zu plaudern wußte, die er mit seinem knappen Lehrergehalt zu versorgen hatte.

Die Art und Weise aber, in der ich ihm das sagte, der Zweck, den ich dabei verfolgte, der stempelte mich zur Lügnerin!

Heraus aus der Enge, aus der Oede heraus wollte ich — um jeden Preis!

Ich liebte den Mann nicht, und dennoch hätte ich ihn gern geheiratet. War doch die Heirat die einzige standesgemäße Zuflucht für mich! Und kein Franz Leonhard durfte an mich herantreten mit seinem gleißenden Lächeln, sobald ich den goldenen Ring trug! Und dieser Mann war lieb und gut, war wie Wachs in meiner Hand.

Das fühlte ich.

So wurde ich kokett. Ich ging mit ihm spazieren in den schattigen Strandwaldungen meiner neuen Heimat; ich fuhr mit ihm auf schwankendem Bretterboden durch die tobenden Wogen des baltischen Meeres.

Am vorletzten Tage seines Aufenthalts habe ich sogar meine kleine Kusine, die meine getreue Begleiterin war, vom Strande heimgeschickt, weil ich allein mit ihm sein, weil ich eine Erklärung aus ihm herauslocken wollte.

O Du: Gott hat mich bewahrt. Derselbe Gott, der Dich an mein Herz geführt hat!

Todunglücklich wäre ich geworden mit diesem weichen, guten Menschen. Das weiß ich jetzt.

Die Schwüle des ungesprochenen Wortes lag zwischen uns an jenem Tag. Wir standen Hand in Hand an Bord des Dampfers und verfolgten den Flug der Möven hoch über unserm Haupt. Und unsere Gedanken flogen rascher und flatterten ängstlicher als die Boten des Sturmes.

Fühlst du die Bretter schwanken?
Schon brandet dumpf das Meer.
Am Horizonte lagern
Die Wolken schwül und schwer . . .
Ha: Wogen und Blitz und Stürme!
Mir wird so froh zu Mut:
Ich führe mit dir zusammen
Durch die wildeste Flut!

Ueber Wogen und Blitz und Stürme hinaus flogen unsere Gedanken in ein enges, traultches, dämmerungumsponnenes Zimmerchen. Da flackerte das Kaminfeuer hell auf, und ein Mann saß da im gepolsterten Lehnstuhl, ausruhend von des Tages harter Last. Mit friedetiefen Blicken sah er in die wogende Glut. Und ein Weib trat zu ihm und bot ihm den wärmenden Trank in kunstvoll getriebener Schale und bot ihm den Mund mit seligem Lächeln zur Labe dar. . . .

Und die Schale war ein Hochzeitsgeschenk. Ja, Du: eine Hochzeit mit Myrthenkranz und Tüllschleier, mit Brautjungfern im rosa Tarlatankleid und künstlichen Granatpuffs im hochtoupierten Haar hab' ich damals mir erträumt! Ich habe sogar an den Brautwagen und die Lendemaintoilette gedacht. Ob der kleine Gymnasiallehrer auch an den Hochzeitsfrack und den Myrthenstrauß im Knopfloch gedacht hat? — Gott weiß es allein!

Als aber das Schiff von der kurzen Vergnügungstour zurück dem heimatlichen Ufer näher und immer näher kam, da sog er den Atem aus tiefster Brust empor und sagte:

„Fräulein Wilma, ich muß nun heim — —“

Sein Blick ging über mich hin, bange fragend, irrend fast.

„Warum müssen Sie?“

„Die Pflicht. Zum ersten Mal die harte Pflicht. Aber —“ und mit festem Druck legte seine Hand sich um die meine — „ich komme wieder, sobald ich ein freier Mann geworden bin.“

Das war ein Eid, von seiner Seite. Mir wollte er keine Fessel um den Arm legen, als er ging. —

Ich habe drei, vier Jahre lang gewartet auf seine Wiederkehr. Ich habe zwei, drei Jahre lang geweint um meinen Sommertraum.

Ich habe diesen Mann nicht geliebt, aber an meines Lebens Horizont hat er gestanden, wie die Fata Morgana der Wüste.

Und als die Jahre gingen und kamen und er nicht wiederkehrte, da — ach Gott, Du, da . . . .

Als er wiederkam, war es zu spät.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. **Bruhn** (Ant.) wendet sich gegen die Steuer, die eine ungerechte Belastung der Gastwirte bedeute. Man soll die notwendigen Mittel durch Besteuerung des Kapitals aufbringen.

Abg. **Stolle** (Sozialdemokrat):

(Bei der großen Unruhe im Hause auf der Tribüne schwer verständlich.): Die Brausteuer muß mit Naturnotwendigkeit von den Bauern und den Gastwirten auf die Bevölkerung übertragen werden. Das widerspricht dem § 6 des Flottengesetzes, denn es ist ganz klar, daß das Bier ein Artikel des Massenkonsums ist. Der natürliche Weg zur Deckung der Mittel ist die Erhöhung der Matrikularbeiträge. Das will man aber nicht. Im Jahre 1879 hat das Zentrum zu den Matrikularbeiträgen eine ganz andere Stellung eingenommen als heute. Damals erklärte Windthorst, die Matrikularbeiträge seien nötig, um den föderativen Charakter des Reiches zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag hat nach der Bewilligung der indirekten Steuern keinerlei Einfluß mehr auf ihre Erhebung. Ganz anders ist es mit der alljährlich festzusetzenden Höhe der Matrikularbeiträge. Auch hier ist das Zentrum so weit heruntergekommen, daß es mir nichts, dir nichts auf alle Rechte des Reichstags verzichtet. Aus der Zusammenstellung einer Aktiengesellschaft mit einer halben Million Kapital ergibt sich, daß diese Brauerei sowohl durch die Regierungsvorlage wie durch den Antrag Speck nicht nur ihre ganze bisherige Dividende von 5 Prozent verlieren, sondern auch ein so starkes Defizit haben würde, daß sie in wenigen Jahren zu Grunde gerichtet sein würde. Die Regierung beruft sich darauf, daß die Brauereien einen so großen Nutzen hätten, daß sie die Abgaben ohne Mühe tragen könnten. In Wahrheit beträgt der Gewinn nach einer unbestrittenen Statistik bei einem Verbrauch bis zu 2000 Doppelzentner 4.20 Mk., von 3000 Doppelzentner Malz 3.87 Mk., bei 4000 Doppelzentner 4.27 Mk., bei 5000 4.65 Mk., bei 7000 5.08, bei 10,000 5.48 und erst bei mehr als 100,000 7.50 Mk. Es liegt mir ganz fern, hier zu Gunsten des Großkapitals zu sprechen, aber wenn Sie die Prosperität der Aktiengesellschaften ganz aufheben, so hindern Sie jeden Fortschritt in diesem Gewerbe. Die Verhältnisse der süddeutschen Brauereien lassen sich mit denen der norddeutschen nicht vergleichen, weil diese den Absatz in der Nähe der Brauerei haben und dadurch Spesen sparen. Wir können aus allen diesen Gründen den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen. Wir verlangen, daß die fehlenden Mittel des Reiches durch eine direkte Steuer, die nicht die Massen belastet, aufgebracht werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Wolff** (Wirtsch. Vgg.) erklärt, daß seine Freunde wegen der Ablehnung des Ausfuhrzolles auf Kali und Lumpen gegen den § 3 stimmen würden.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (Freis. Vpt.): Der Finanzminister hat mir unterstellt, daß ich von einer Notlage der Großbrauereien gesprochen hätte, ich habe aber konstatiert, daß die Schultheißbrauerei 18 Prozent Dividende verteilt. Wenn er das für eine Notlage hält, so wünsche ich ihm eine solche für die Verzinsung unseres Kapitals. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem** beraumt mit Rücksicht auf die morgen 12 Uhr stattfindende Trauerfeier für den verstorbenen Minister v. Budde die nächste Sitzung auf Dienstag 3 Uhr an. (Fortsetzung der heutigen Beratung, Tabaksteuer.)

Schluß 6¼ Uhr.

* * *

91. Sitzung. Dienstag, den 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. von Stengel.

Die zweite Lesung der

Brausteuervorlage

wird beim § 3a (Höhe und Staffelung der Steuer) fortgesetzt. Gleichzeitig wird der Antrag Speck (Zentr.) mitberaten.

Abg. Graf **Grabczewo-Mielczynski** (Pole): Das Budgetrecht des Reichstags bietet uns die beste Gelegenheit, gegen die bestehenden Zustände zu protestieren.

Präsident Graf **Ballestrem**: Wir befinden uns nicht in einer allgemeinen Finanzdebatte, sondern bei § 3a der Brausteuervorlage.

Abg. Graf **Grabczewo-Mielczynski** (fortfahrend): Wir protestieren laut und energisch gegen die Unmoral, dem kleinen Manne sein Glas Bier zu verteuern und ihn damit auf den Schnapsgenuß hinzuweisen. (Beifall bei den Polen und bei den Soz.)

Abg. **Kopsch** (freis. Vpt.): Wer soll denn nun eigentlich zahlen? Der Brauer, der Gastwirt, der Konsument? Solange sich die Befürworter der Steuer hierüber nicht gereinigt haben, sollte eigentlich die Beschlußfassung über die Vorlage ausgesetzt werden. (Sehr gut! links.) Die Reden der Regierungsvertreter und der Wortführer der Mehrheitsparteien wimmeln von Widersprüchen und eben diese Leute fertigen die Protestbewegung als Rummel ab. Man hat von den Dividenden der Brauereien gesprochen, wenn sich die Brauereien nach Art der Zuckerfabriken der ostdeutsch-agrarischen Buchführung bedienen sollten, so würden sie es verstehen, keine Dividende zu zahlen und doch den Aktionären einen reichlichen Gewinn zufließen zu lassen. Aber die Brauereien halten an altmodisch reellen Grundsätzen fest.

Abg. v. **Vollmar** (Sozialdemokrat):

Es ist nicht wahr, daß Süddeutschland gar kein Interesse an der Erhöhung der Sätze der norddeutschen Brausteuergemeinschaft hat. Wir Sozialdemokraten im bayrischen Landtag haben auch gegen die bayrische Biersteuer gestimmt, wie gegen jede Steuer auf den Massenkonsum. Kommt dieses Gesetz zur Annahme, so müssen seitens der süddeutschen Staaten erhöhte Ausgleiche an das Reich gezahlt werden, seitens Bayern z. B. 7 Millionen. (Hört, hört! bei d. Soz.) Und diese 7 Millionen werden in Bayern wieder in Form indirekter Steuern auf die Schultern der breiten Masse abgeladen werden. Uebrigens haben wir hier nicht die süddeutschen Interessen wahrzunehmen, sondern die allgemeinen Reichsinteressen. (Sehr richtig! links.) Statt die Mehrausgaben des Reiches durch direkte Steuern zu decken, belastet man wieder den Massenkonsum. Uebrigens hat für einen Teil der Mehrausgaben ja auch leider die Partei des Vorredners gestimmt. Irgend jemand muß die Steuer bezahlen, der Produzent, der Verteiler, d. h. in diesem Falle der Gastwirt oder der Konsument. Die Produzenten wollen sie nicht tragen und die Staffelung soll doch auch dazu dienen, die kleineren und mittleren Betriebe zu entlasten, welchen Zweck sie freilich nicht erreichen werden. Man mag sich drehen und wenden wie man will, die Belastung wird schließlich doch auf die Konsumenten abgewälzt werden, sei es nun, daß die Preise erhöht werden, sei es, daß das Bier verschlechtert wird. Das wissen die Herren von der Mehrheit innerlich ja auch ganz gut. Der Abg. Dr. Becker hat gestern eine moralische Rechtfertigung der Besteuerung versucht. Gelungen ist ihm freilich diese Verteidigung nicht. Die Folge der Einschränkung des Biergenusses ist nicht das Wassertrinken, sondern das Schnapstrinken. Daran haben dann die Agrarier ihre Freude, weil sie, wie Herr Gamp sagte, von der Gesetzgebung „auch mal Vorteile haben wollen". Der preußische Finanzminister meinte seinerseits, es werde überhaupt zu viel getrunken. Wenn aber die Regierung eine Steuer einführt, so doch nicht zum Abgewöhnen. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Der Schatzsekretär jammert über den Antrag Speck, der ja in der Tat eine gewisse Abschwächung bedeutet. Er beschwor den Geist des Kompromisses, daß er über dieser Verhandlung schweben möge. Nun, ich fürchte, dieser Geist wird in der Tat bis zum Ende der Beratung dieser Vorlage über den Verhandlungen schweben! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das Zentrum für die Kommissionsbeschlüsse nach Ablehnung seines Antrages stimmt, trägt es die Verantwortung für diese neue Mehrbelastung eines Massenkonsumartikels. Wir werden dem Volke die Gründe dieses ganzen Spiels klar machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Gamp sprach von der deutschen Einheit. Diese läßt in der Tat manches zu wünschen übrig. Aber zur Förderung der deutschen Einheit gibt es tauglichere Mittel, als die Einführung der bayerischen Biersteuer. (Lebhaftes Bravo! links.) Wenn Sie vom Süden etwas annehmen wollen, dann führen Sie die süddeutschen Wahlrechte in den norddeutschen Staaten ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Lernen Sie vom Süden die Anfangsgründe des Konstitutionalismus. (Lebhafter Beifall links.) Damit leisten Sie dem deutschen Volke, von dessen Wohl in diesem Saale so viel die Rede ist, einen bessern Dienst, als wenn Sie seine Lebenshaltung herabdrücken und seine Geduld auf eine immer schwerere Probe stellen. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo! links.)

Reichsschatzsekretär Frhr. **von Stengel** (auf der Tribüne sehr schwer verständlich), polemisiert gegen den Abg. von Vollmar und scheint nachweisen zu wollen, daß die Ausgleichssumme Bayerns nicht sieben, sondern drei Millionen betrage.

Abg. **Speck** (Zentrum): Mein Antrag kann nicht als Abfall vom Kompromiß der Mehrheitsparteien bezeichnet werden, weil ja ein förmliches Kompromiß nicht abgeschlossen worden ist. Auch ist mein Antrag nur ein Eventualantrag im Sinne deren, die prinzipiell für eine Brausteuer sind, denen aber die Kommissionssätze zu weit gehen.

Abg. **Schmalfeld** (Sozialdemokrat):

Seit zwei Tagen streitet man sich nun darüber, wer die Brausteuererhöhung eigentlich bezahlen soll. Daß die Brauereien nicht aus purem Patriotismus die Kosten tragen werden, steht fest. Ihre Rentabilität ist auch namentlich seit den erhöhten Gersten- und Malzzöllen nicht derart, daß sie sich diesen Luxus leisten könnten. Darum macht man sich jetzt allgemein mit der Abwälzung in erster Linie auf die Wirte und von diesen auf die Konsumenten vertraut. In der Tat sind ja auch die Wirte völlig in der Hand der Brauereien und meist nur nominelle Eigentümer. Ihre Lage ist durch die vielen Ausgaben, zu denen sie gezwungen sind, durch die vielen Sondersteuern, mit denen sie belastet sind, nicht zum wenigsten auch durch den Militärboykott, der sofort über sie verhängt wird, sobald sie ihre Säle den Arbeitervereinen zur Verfügung stellen, schon heute alles andere eher, als rosig. Aber das rührt ja die Mehrheit nicht. Die hat sich auch nicht gerührt, als ein angeblich liberaler Abgeordneter, wie der Dr. Becker, ganz kaltblütig meinte, den Alkohol könnten die Arbeiter ja auch in der Form von Schnaps zu sich nehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) So will ein liberaler Abgeordneter den großen Fortschritt rückgängig machen, der darin liegt, daß viele Arbeiter vom Branntwein zum Bier übergegangen sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nebenbei empfahl der Herr Becker den Apfelwein in einer Weise, als ob er für eine Apfelweinfirma reise. (Heiterkeit links.) Für Norddeutschland aber kommt der Apfelwein als Ersatz für das Bier garnicht in Frage. Wenn diese Vorlage zur Annahme gelangt, werden alle die kleinen Wirte, die bis zu 10 Hektoliter im Jahre ausschenken, einfach ruiniert werden. Wenn wir boshaft wären, könnten wir uns ja nur über diese Vernichtung von Mittelstandsexistenzen freuen. Wir wollen aber keine Existenzen vernichtet sehen und stimmen daher gegen den Entwurf. (Bravo! bei den Soz.)

Hiermit schließt die Debatte. Der § 3a wird in namentlicher Abstimmung mit 146 gegen 113 Stimmen bei vier Stimmenthaltung angenommen. Es folgt die Beratung über die übrigen Paragraphen der Vorlage, zunächst über § 1, welcher das Surrogatverbot enthält.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Freis. Vgg.) vermißt den Deklarationszwang, der mindestens bei Malzbier bestehen müsse. Was Malzbier heißt, sollte doch auch Malzbier sein. (Sehr richtig! links.)

Zum § 1a, der bestimmt, daß die Brausteuer von dem zur Bierbereitung verwendeten Malz und Zucker erhoben wird, beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) folgenden Zusatz: „Der dem obergärigen Bier während des Brauverfahrens zugesetzte Zucker unterliegt nicht der Brausteuer".

Abg. Dr. **Südekum** (Sozialdemokrat):

Unser Antrag will die obergärigen Bierbrauereien gegen die Doppelbesteuerung des Zuckers schützen. Das alkoholschwache Braunbier, dessen Ausbreitung sehr zu wünschen ist, ist ohne Zuckerzusatz nicht konservierbar, weil es vermöge seines geringen Alkoholgehalts leicht dem Verderben ausgesetzt ist. Der Zucker spielt beim Braunbier keine andere Rolle wie beim Kaffee. Sein Zusatz gehört nicht zum eigentlichen Brauverfahren. Wir bitten um Annahme unseres Antrags. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt **Kühn** scheint auf die Schwierigkeiten der Kontrolle hinzuweisen.

Abg. **Gamp** (Rpt.) befürwortet den Antrag. Er habe einen gleichen stellen wollen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) befürwortet ebenfalls den Antrag.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (Freis. Vp.) erklärt, daß seine Sympathien sich nicht auf die obergärigen Biere beschränken, daß er aber doch den Antrag Albrecht begrüße. Nachher zugesetzter Zucker ist kein Braustoff, kann also nicht unter die Brausteuer fallen. Vielleicht wird sich aber empfehlen, die Worte, „nach Abschluß des Brauverfahrens" anders zu fassen. Sonst könnte ein findiger Steuermensch auf die Idee kommen, daß die in den Flaschen vor sich gehende Gärung als Brauverfahren zu betrachten sei. Wir werden für den Antrag stimmen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. **Speck** (Zentr.) befürwortet ebenfalls den Antrag Albrecht, da die billigen Weißbiere ein gutes Gegengewicht gegen das Ueberhandnehmen des Schnapses bilden.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.) tritt noch einmal für den Antrag ein.

Abg. **Gamp** (Rp.) beantragt, in den Antrag Albrecht die Worte „und außerhalb der Brauanstalten" einzufügen.

Mit dieser Aenderung wird der Antrag Albrecht einstimmig angenommen.

Bei den **Schlußbestimmungen** beantragen die Abgeordneten **Albrecht und Genossen** (Soz.) die **Aufhebung der kommunalen Biersteuern** zum 1. April 1910.

Abg. Dr. **Südekum** (Sozialdemokrat):

Beim Zolltarif ist bei der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel die Aufhebung der Kommunalsteuern auf Fleisch und Brot beschlossen worden. Die Konsequenz davon ist, bei der bevorstehenden außerordentlichen Verteuerung des Bieres wenigstens die kommunalen Biersteuern zu beseitigen. Ich bitte daher um Annahme des Antrags.

Ein **Regierungskommissar** bittet um Ablehnung des Antrags, da er finanzielle Gefahren für viele Gemeinden bringe.

Abg. **Speck** (Zentr.) äußert sich im gleichen Sinne. Die Sozialdemokraten sollten doch erst einmal in Fürth und Feuerbach, wo sie die Gemeindeverwaltungen beherrschen, für Abschaffung der kommunalen Biersteuern sorgen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gamp** (Rp.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Vp.) erklärt sich entschieden für den Antrag.

Abg. **Hildenbrand** (Sozialdemokrat)

stellt fest, daß die Biersteuer in Feuerbach eingeführt wurde, als die Sozialdemokratie nicht stark genug war, um dies zu verhindern.

Abg. Dr. **Südekum** (Sozialdemokrat):

Jetzt wendet man gegen unseren Antrag ein, daß ihm die statistischen Fundamente fehlen sollen. In der Eilzugsgeschwindigkeit, mit der man in der Kommission die Gesetze gemacht hat, hat man nicht nach statistischen Fundamenten gefragt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Aufhebung der örtlichen Biersteuer mag für manche Gemeinden Unannehmlichkeiten haben. (Hört, hört! rechts.) Das ist aber auch der Fall gewesen, bei Annahme des § 18 des Zolltarifgesetzes, für den sich dort die Mehrheit des Reichstages ausgesprochen hat, um die Bevölkerung der betreffenden Städte wenigstens zum Teil von den schwerwiegenden Folgen der Zollpolitik zu entlasten. (Zustimmung bei den Soz.) Ich möchte auch noch bemerken, daß die Sozialdemokratie in Fürth noch nicht die Mehrheit gehabt habt.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): In Bayern würde der Antrag geradezu ein Geschenk an die Brauer bedeuten. Getreide ist ein notwendiges Nahrungsmittel, Bier dagegen nicht.

Abg. **Hildenbrand** (Sozialdemokrat):

Jetzt, da wir in Feuerbach die Mehrheit haben, wird die dortige Biersteuer abgeschafft werden. Auch in Stuttgart haben wir seit Jahren gegen die Doppelbesteuerung des Bieres gestimmt. Gegen die Doppelbesteuerung richtet sich eben unser Antrag. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Singer** (Sozialdemokrat):

Eine Gemeinde, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, ist mir nicht bekannt. Wenn das Gesetz hier angenommen wird, so werden zweifellos sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinden niemals dagegen agitieren, wie es die bürgerlichen Gemeindevertreter bei der Bestimmung des Zolltarifgesetzes unter Führung des Oberbürgermeisters Beutler getan haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der Tat ist das Zentrum nie arbeiterfreundlich. Das Bier gehört eben zu den Artikeln des Massenkonsums und wer es verteuert, ist ein Lebensmittelverteuerer, der sich scheut, die Steuern auf die tragfähigen Schultern zu legen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Spahn** (Ztr.): Da die Steuer nicht abgewälzt werden kann, verteuert sie auch nicht das Bier.

Abg. **Büsing** (Natl.): Die großen Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie mit den Freisinnigen zusammen die Mehrheit hat, z. B. in Berlin, dessen Biersteuer . . . (Zuruf links: Gibts ja gar nicht! Große Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Erzberger, Südekum, Büsing, Bruhn, Spahn, Gerstenberger, Müller-Sagan** wird der Antrag Südekum **abgelehnt**. Die übrigen Paragraphen in der Vorlage werden ohne weitere Debatte **angenommen**. Es folgt die zweite Beratung des Tabaksteuergesetzes. Debattelos wird dasselbe nach den Beschlüssen der Kommission **abgelehnt**.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: Toleranzantrag.)

Schluß 7¼ Uhr.

Aus aller Welt.

Hennig zum Tode verurteilt. Der Lederarbeiter Hennig wurde vom Schwurgericht in **Potsdam** wegen Raubmordes zum **Tode**, wegen Diebstahls, schwerer Urkundenfälschung und Körperverletzung zu **fünfjährigem Zuchthaus**, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Hennig verzog bei der Verlesung des Urteils keine Miene. Der Vorsitzende fragte Hennig jetzt nochmals, ob er nunmehr nicht sein Gewissen durch ein offenes Geständnis erleichtern wolle, worauf der Angeklagte abermals seine **Unschuld beteuerte**. Hennig wurde sodann wieder der Berliner Kriminalpolizei übergeben und traf um 11 Uhr 36 Min. bereits wieder auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin ein.

Rotleidende Agrarier. Ein Leichenschmaus im württembergischen Frankenland kann trotz aller Bemühungen der weltlichen und geistigen Behörden gegen übertriebene Verteuerungen ländlicher Gebräuche auch in der Gegenwart noch hoch zu stehen kommen. So berichtet, nach der „Köln. Ztg.", ein genauer Kenner und Aufzeichner des Volkslebens aus den fränkischen Gebietsteilen Württembergs über den **Verbrauch bei einem Leichenschmaus nach der Beerdigung eines vermögenden Bauers**, der vor einigen Jahren in dem früher zur Reichsstadt Hall gehörigen Pfarrdorf Honhardt starb. Die Leichengäste wurden in zwei Wirtshäusern untergebracht, im Gasthof zur Eiche und im Hällischen Wirtshaus. Da nach alter schwäbischer und nicht minder hohenlohisch-fränkischer Sitte der Tote tüchtig „bewein" wurde, so wurden bezahlt in der Eiche 508 Liter Wein zu 1 Mark, gleich 508 M., und 5 Liter Wein zu 1.20 Mark, gleich 6 Mark, im Hällischen Wirtshaus 445 Liter Wein zu 1 Mark, gleich 445 Mark, zusammen für Wein 959 Mark; ferner in der Eiche für Bier 40 Mk., für Zigarren 36, für Essen für auswärtige Gäste 38 Mark und für Kaffee 30 Mark, im Hällischen Wirtshaus für Bier 10 Mark und für Zigarren 26 Mark. Ganz Außerordentliches wurde im Verbrauch von Kaffee geleistet. Es wurden nämlich in beiden Wirtshäusern zusammen gegessen 290 Pfd. Kaffeemehl und 180 Pfund Kaffeebohnen, das heißt für 470 Mark Kaffee. Der Verbrauch des Kaffees beim Leichenschmause wird zu 300 Mark berechnet, wo die Leichenkosten erster Klasse sich auf 260 Mark belaufen, so betrug die Beerdigung samt Leichenschmaus 2237 Mark.

Zentrum und Diätenvorlage. Wo immer es gilt, die Rechte des Volkes zu verraten, den Schutz der Minorität gegen die Vergewaltigung durch eine Majorität zu vernichten, da hat noch nie das Zentrum gefehlt. Wes deshalb gehofft hatte, diese Partei werde mit aller Offenheit und Entschiedenheit gegen die Diätenvorlage Front machen, dem muß bisher die wahre Natur des Zentrums ein Buch mit sieben Siegeln geblieben sein.

Politische Uebersicht.

Zur Stichwahl in Darmstadt-Großgerau. Nach vielen Einerseits und Andererseits, wie das nun einmal bei den „entschiedenen" Liberalen so Brauch ist, fordert der Wahlausschuß der Vereinigten Liberalen in einem Aufruf an die Wähler des Herrn Pfarrer Korell diese auf, in der bevorstehenden Stichwahl ihre Stimme **für den Kandidaten der Sozialdemokratie**, den Landtagsabgeordneten **Berthold**, abzugeben. Vom „grundsätzlichen" Standpunkte aus, könne man zu keiner positiven Entscheidung kommen. Diese könne **nur vom Standpunkte der politischen Tagesfragen aus** getroffen werden. Dann aber könne die Entscheidung nicht schwer fallen.

„Denn **Wehrfragen**, die uns verpflichten würden, in der Stichwahl für die Nationalliberalen zu stimmen, stehen nach Erledigung der Flottenfrage nicht auf der Tagesordnung und sind auch in den zwei Jahren, für die diesmal gewählt wird, nicht zu erwarten. Dagegen verpflichtet uns die Stellungnahme des nationalliberalen Kandidaten Dr. Stein zu dem aktuellen Reichssteuergesetzentwurf mit seiner weiteren **Vermehrung der ungerechten indirekten (Verkehrs- usw.) Steuern**, ferner die nationalliberale Unzuverlässigkeit in der Frage des **Wahlrechts** und der Erweiterung der **Volksrechte**, sowie schließlich die verkehrte Wirtschaftspolitik mit der ausgesprochenen Begünstigung der **künstlichen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse und Produktionsmittel** für Arbeiter, Bauer und Mittelstand in Stadt und Land zu einer **entschiedenen Bekämpfung der nationalliberalen Kandidatur**. Zu beachten ist auch, daß die Darmstädter und die hessischen Nationalliberalen nur durch unsere entschiedenste Opposition vor weiteren Konzessionen an ihre reaktionären Bundesgenossen gewarnt und auf den Weg zu einer großen, wahrhaft liberalen Gruppe nach badischem Muster hingelenkt werden können. Bei dieser Sachlage muß uns der **sozialdemokratische Kandidat als das kleinere Uebel** erscheinen. Unsere Aufgabe muß es aber sein, unseren eigenen politischen Grundsätzen immer weitere Geltung zu verschaffen, so daß wir in die Lage kommen, bei den nächsten allgemeinen Wahlen unserem Kandidaten, der selbstverständlich wieder Herr Pfarrer Korell sein wird, zum Siege zu verhelfen."

Wie viele Freisinnsmannen dieser Parole ihrer Führer folgen werden, muß mit aller Vorsicht abgewartet werden. Mit diesen Leuten hat man schon zu oft die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Unsere Darmstädter Genossen tun recht daran, sich allein auf ihre **eigene Kraft** zu verlassen.

Mit zynischer Offenheit gibt jetzt die „Germania" ohne weiteres zu, daß es ihr wohl bewußt ist, wo der wahre Zweck der Vorlage zu suchen sei — in der raffiniertesten Knebelung jeder Opposition —, daß aber das Zentrum trotzdem oder vielmehr gerade deshalb unbedingt für die Vorlage stimmen werde. Wir lesen in dem führenden Organ der norddeutschen Zentrümler:

„Am auffälligsten ist jedenfalls die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu der Diätenvorlage. Man sollte annehmen, daß gerade die Sozialdemokraten, welche ihre Reichstagsabgeordneten, deren Zahl jetzt 77 bezw. 78 beträgt, bisher mit Parteidiäten ausgestattet haben, — was freilich auch den Absentismus unter den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht hat verhindern können — mit wahrer Begier die Diätenvorlage, welche die Parteikasse um eine erhebliche Summe entlastete, die Reichskasse dagegen belastete, angenommen haben würden. Weit gefehlt! Die wahren Gründe dieser Ablehnung hat der Abgeordnete Singer freilich nicht verraten. Es ist nicht die „Schulzungen-Kontrolle", worüber Herr Abgeordneter Singer so große Schmerzen empfindet, sondern das Bewußtsein, daß ein durch die Diätenvorlage herbeigeführter beschlußfähiger Reichstag die bisherige sozialdemokratische Beherrschung des Geschäftsganges unmöglich macht und daß ferner die einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn sie Reichsdiäten beziehen und nicht mehr auf Parteidiäten angewiesen sind, von der Parteileitung und deren Geldbeutel unabhängiger gestellt sind. Auch Obstruktion werden die Sozialdemokraten in Zukunft in einem beschlußfähigen Reichstage nicht mehr treiben können. Jede Entfernung eines sozialdemokratischen Abgeordneten vor jeder Abstimmung wird in Zukunft für jeden sozialdemokratischen Abgeordneten einen Abzug von 80 Mark bedeuten. Und das wirkt vielleicht stärker als Singers Parteibefehl."

Für uns hat diese Politik und Stellungnahme der Schwarzen nichts Ueberraschendes. Wann aber werden die Tausende von Arbeitern, die jetzt noch im oberschlesischen und im rheinischen Industriegebiet dem Zentrum Gefolgschaft leisten, zur Erkenntnis kommen, wessen sie sich von den Herren der Kirche zu gewärtigen haben?

Eine Verfassung für das Land des Ochsenkopfes. Die mecklenburgische Verfassungsfrage soll nun endlich gelöst werden. Wie aus angeblich absolut sicherer Quelle verlautet, liegt der Entwurf für diese Verfassung dem Schweriner Ministerium seit einiger Zeit vor. — Auf die Mißgeburt kann man wirklich gespannt sein.

Die Diätenkommission. Die Reichstagskommission zur Beratung der Diätenvorlage hat sich konstituiert. Der Vorsitz ist den Abgeordneten Rintelen (Zentrum) und Singer (Sozialdemokrat) übertragen worden. Das Schriftführeramt werden Malkewitz (kons.) und Dr. Hieber (natl.) verwalten.

Zum Nachfolger Buddes ist der Generalleutnant z. D. Schabert, der frühere Kommandeur der Eisenbahn-Brigade, ernannt worden.

Die Rechtlosigkeit der Landarbeiter ihrem Unternehmer gegenüber hat sich wieder einmal bei einem Urteil erwiesen, das die Insterburger Strafkammer in einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zu fällen hatte. Am 27. August v. J., einem Sonntage, kam der 27 Jahre alte unverheiratete Landarbeiter Adolf Wolter nach dem Gute Kutkehmen im Kreise Insterburg, wo er seit einer Woche zu arbeiten aufgehört hatte, um sich seine Invalidenkarte zu holen. Bei der Forderung der Karte geriet er mit dem Inspektor Neufang, mit dem er sich nicht gut stand, in Wortwechsel, worauf der Inspektor in den Hof eilte und alsbald mit einem Gewehr zurückkam. Er legte auf den Arbeiter an, der erschrocken die Arme gegen ihn streckte und rief: „Was, Herr Inspektor, Sie wollen schießen?" In diesem Augenblicke krachte auch schon der Schuß. W. fiel einem seiner hinzuspringenden Kollegen in die Arme. Die Schrotladung aus ganz nächster Nähe hatte edle Körperteile verletzt. Der schwerverletzte Arbeiter wurde am anderen Morgen mit der Bahn nach dem Insterburger Krankenhause geschafft. Bald darauf verstarb er. Der auf diese Weise ums Leben Gekommene war ein ruhiger, höchst ordentlicher Landarbeiter. Der schießlustige Inspektor, der Unteroffizier bei den Kürassieren gewesen, hatte auch schon andere Arbeiter gelegentlich gemißhandelt. Er wurde aber wegen dieses Totschießens nicht etwa in Haft genommen, sondern auf freiem Fuße gelassen. Dann wurde gegen ihn Anklage nur wegen fahrlässiger Tötung erhoben.

Am 25. April fand gegen den Inspektor vor der Insterburger Strafkammer die Verhandlung statt. Vor Gericht wurde der Vorgang so dargestellt, als habe sich der Arbeiter, der zur Zeit des Vorfalles auf dem Gute ja gar nicht mehr in Arbeit stand, „renitent und herausfordernd" verhalten. Deshalb habe der Inspektor, um etwaigen Angriffen von vielleicht hinzukommenden anderen Arbeitern zu begegnen, die Flinte geholt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt den Tatbestand der Fahrlässigkeit für erwiesen und beantragte neun Monate Gefängnis.

Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß der Angeklagte sich mit Recht gegen zu erwartende Angriffe bewaffnet habe. Er mußte als Vertreter des abwesenden Gutsherrn energisch auftreten und habe nur seine Pflicht erfüllt, wenn er sich mit gespanntem Gewehr zum Kampf bereit hielt. Wenn bei dem Ringen das Gewehr losgegangen sei — (mehrere Augenzeugen behaupten, es habe kein Ringen stattgefunden) — könne ihm, dem Angeklagten, eine Fahrlässigkeit nicht beigemessen werden, die Schuld treffe vielmehr den angreifenden Wolter. Deshalb erkannte die Strafkammer auf Freisprechung.

Der neue Kurs in Sachsen. Der König von Sachsen hat dem für die Dresdener Dezembermetzeleien verantwortlichen vorsitzenden Staatsminister v. Metzsch nunmehr die aus „Gesundheitsrücksichten" erbetene Versetzung in den Ruhestand bewilligt und dem Gesandten in Berlin, Grafen Hohenthal-Bergen, die Leitung der Ministerien der inneren und auswärtigen Angelegenheiten, sowie dem Staatsminister Dr. Rueger den Vorsitz des gesamten Ministeriums übertragen. Der Kurs im grünweißen Königreiche wird aber der alte bleiben.

Der Flottenfexerei in unseren Schulen hat das brandenburgische Provinzial-Schulkollegium einen recht heilsamen Dämpfer aufgesetzt. Die Schulbehörde hat verfügt, daß Schüler dem deutschen Flottenverein nicht beitreten dürfen. Diese Verfügung ist in allen Schulen anzuschlagen. Es wäre wünschenswert, daß auch den Lehrern das Agitieren für den Flottenunsinn in der Schule verboten würde. Wenn Lehrer das Bedürfnis fühlen, für die Verschwendung von Steuersummen einzutreten, die weit besser zur Hebung unseres Volksschulwesens verwendet würden, dann mögen sie solche Narrheiten außerhalb der Schule treiben. Die Kinder, deren Eltern von dem Flottenrummel nichts wissen wollen, sollte man mit derartigen rein politischen Angelegenheiten ungeschoren lassen.

Ausland.

Die fällige österreichische Krise. Ministerpräsident von Gautsch gab dem Kaiser seine Demission. Prinz Konrad zu Hohenlohe steht im Vordergrunde der Kombination. Es heißt, daß dem künftigen Ministerpräsidenten zunächst Zeit gegönnt werden soll, mit den Parteien über ein Kompromiß zu verhandeln und sich zu entscheiden, ob er ein parlamentarisches, oder ein Beamten-Kabinett bilden will.

Die Wahlen in Ungarn. Bisher sind 269 Wahlresultate bekannt. Gewählt wurden 182 Unabhängige, 52 Mitglieder der Verfassungspartei, 18 der Volkspartei, 5 Sachsen, 4 Serben, 3 Rumänen, 1 Slovene, 1 Demokrat, 3 Parteilose und 15 Sozialdemokraten. In sechs Wahlkreisen ist Stichwahl erforderlich.

Die Wahlen werden zehn Tage dauern.

Aus Rußland.

Gefängnisbilder. Die staatsmännische Kunst Durnowos hat einen großen Erfolg erreicht — alle Gefängnisse sind überfüllt, und die Opfer werden dort förmlich erstickt. Ein grelles Licht auf die Zustände in den russischen Gefängnissen wirft die Erzählung eines Verhafteten in Wladikawkas über seine Erlebnisse am ersten Tage seiner Verhaftung. — Nachdem er festgenommen war, wurde er in die Gefängniskanzlei gebracht, wo schon etwa 20 Leidensgefährten versammelt waren. Es kam der Aufseher, fürchterlich ermüdet und begann, sich an seinen Gehilfen und den Polizeipristaw wendend, in aufgeregtem und boshaftem Tone zu schreien:

„Was soll ich mit ihnen anfangen? Bei mir ist schon alles vollgestopft. Man sitzt im Badezimmer, in der Bäckereiabteilung, überall. — Soll ich sie vielleicht in meine Wohnung bringen lassen?"

„Es ist nicht meine Sache", antwortete gleichmütig der Pristaw, „nehmen Sie die Verhafteten auf und damit basta!"

Der Gefängnis-Aufseher begab sich an den Tisch, die Dokumente zu unterfertigen, aber hörte nicht auf, sich zu beklagen:

„In der Kammer Nr. 8 brach der Typhus aus! Wie kann ich dort einen gesunden Menschen unterbringen! Das ganze Gefängnis wurde auf 120 Personen berechnet, aber statt dessen sind es jetzt schon ihrer mehr als 340. Wäre jetzt Sommer, so könnte man wenigstens auf dem Boden einige Dutzend unterbringen, aber jetzt werden sie dort erfrieren."

Er unterfertigte endlich und gab seinen Gehilfen Befehl: „Verteilt sie!"

Der Gehilfe begann uns nach einem Verzeichnis aufzurufen und dem Wachtmeister Anweisungen zu geben, wohin die betreffenden Arrestanten zu bringen waren.

„Ins Karzer! In das Badezimmer! In die Kammer Nr. . . ." und so fort.

Mir und zwei anderen Häftlingen — einem Bankbuchhalter und einem Bauern — wurde gerade die Kammer Nr. 8 angewiesen.

„Aber erlauben Sie mal", entschloß ich mich zu bemerken, „der Gefängnis-Aufseher hat doch eben gesagt, dort sei der Typhus ausgebrochen, und zur Todesstrafe hat man mich doch noch nicht verurteilt."

„Reden Sie nur weiter", murmelte der Beamte, aber plötzlich erboste er und fuhr fort: „Vielleicht ist Ihnen ein besonderes Zimmer beliebt? Na, hättest Du in der Bäckerei ein wenig gesessen, so wärest Du auch der Typhuskammer froh gewesen! — Führt sie weg!"

Die Ueberfüllung der Gefängnisse hat endlich ihren Höhepunkt erreicht, und die Regierung fühlt sich genötigt, einige Dutzend weniger „Verdächtige" freizulassen.

Partei-Angelegenheiten.

Bei der Stadtverordneten-Nachwahl in Braunschweig, die eine Beteiligungsziffer von 72 Prozent aufwies, siegte unser Genosse Theodor Hesse mit 1002 Stimmen gegen 833 gegnerische.

Parvus verhaftet. Nach Mitteilungen russischer Blätter befindet sich jetzt auch Genosse Parvus in der Gewalt der russischen Henker. Er wurde vor zirka 2 Wochen in Petersburg verhaftet und befindet sich jetzt in der Trubetzkoi-Bastion der Peter-Pauls-Festung. Die bürgerliche Presse kann jetzt wieder frohlocken und wieder lästern fragen, ob dieser politische Gegner der deutschen Brotwucherer denn auch sicherlich von Väterchens Henkersknechten gehängt werden wird.

§ 153. Je eine Woche Gefängnis aus § 153 der Gewerbeordnung erhielten vom Schöffengericht Bielefeld unsere Genossen Redakteur Hoffmann und der Bevollmächtigte vom Wäscheverband Hermann Büscher wegen eines Artikels in der Nr. 294 der Bielefelder „Volkswacht" vom vorigen Jahre, in welchem eine Verrufserklärung von Arbeitswilligen der Firmen Bertelsmann und Baumhöfener & Heise, um sie zum Anschluß an die Streikenden zu bewegen, erblickt worden war. Der heilige dolus eventualis hat dabei wieder seine Schuldigkeit getan.

Parteipresse. Genosse Georg Simon, seit 13 Jahren Leiter der Holzarbeiterbewegung in Augsburg, ist an Stelle des am 1. Januar ausgeschiedenen Genossen Schlegel in die Redaktion der „Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg eingetreten.

Arbeiterbewegung.

Was Unternehmer zu bieten wagen. Die in den Ofenfabriken Meißens beschäftigten ca. 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen hatten den Unternehmern einen Tarifentwurf unterbreitet, in dem für Arbeiter über 18 Jahre ein Mindestlohn von 26 Pfg. pro Stunde verlangt wurde. Die Unternehmer haben darauf folgende „Zugeständnisse" gemacht:

„Handarbeiter über 18 Jahre erhalten 23 Pfg., Arbeiterinnen über 18 Jahre 14 Pfg.

Kein Arbeiter soll länger wie 30 Stunden ununterbrochen beschäftigt werden. (!)

Die Arbeitszeit soll 80 Stunden pro Woche nicht überschreiten." (!)

Die Arbeit ist äußerst ungesund, die Krankenziffer enorm hoch, Bleivergiftung und Schwindsucht außerordentlich häufig und — die Dividende der Aktien-Gesellschaften 9—17 Prozent im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Lebensmittelpreise sind in Meißen höher wie in Dresden.

Die Arbeiter haben das Angebot abgelehnt, ein Kampf erscheint unvermeidlich.

Ein Hafenarbeiter-Ausstand ist in Buffalo ausgebrochen. Sechstausend Arbeiter sind ausständig. Alle Häfen der großen Seen dürften durch den Ausstand, der einer der ausgedehntesten seit Jahren zu werden droht, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Mai.

*** Die streikenden Stukkateure** haben nach erfolglosen Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Gewerbegericht folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Zugeständnisse der Arbeitgeber viel zu gering sind, um annehmbar zu sein, beschließt die heutige Versammlung, die Verhandlungen einstweilen einzustellen, bis von seiten der Arbeitgeber Vorschläge gemacht werden, die sich mit den Zugeständnissen der Firma Kohn decken."

*** Vom Saalboykott in Neukirch.** Der Wirt Gudermut hat es vorgezogen, das Tanzvergnügen, welches am 29. v. Mts. stattfinden sollte, nicht abzuhalten. Im Laufe des Sonntags Nachmittags wurde festgestellt, daß von 4 bis 6 Uhr 20 Personen, größtenteils polnische Ziegeleiarbeiter und Leute, die bei Tanz und Vergnügungen etwas verdienen wollen, anwesend waren. Von 6—8 Uhr waren es 8 Personen, von 8—10 Uhr nur 6 Personen, die ebenfalls früher beim Wirt Dienste verrichtet haben. Um Leute heranzuziehen ließ er zeitweise die Klänge eines Automaten erschallen, welche aber leider den gewünschten Erfolg nicht brachten.

*** Die ungünstige Geschäftskonjunktur** erfährt durch folgende Meldung eine deutliche Beleuchtung: Nach Mitteilung des Königlichen Amtsgerichts Breslau betrug die Zahl der anhängigen Zwangsversteigerungen im Jahre 1905 gleich 207 gegen 188 im Jahre 1904. Also eine ganz erhebliche Vermehrung gegen das Vorjahr. Die Zwangsversteigerungen hatten sich in früheren Jahren vermindert, denn 1903 waren es 145, 1902 gleich 160.

*** Arbeiter-Sängerbund Breslau.** Zu den drei Maifesten finden Gesangsproben statt und zwar:

im Gewerkschaftshause

Freitag, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, Zimmer 2, für die Gesangvereine: Hutmacher, Vorwärts, Bruderhand, Sylvana, Seid Einig;

bei Korbitzke

Donnerstag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, für die M.-G.-V. Diana, Liberté, Freies Lied, Thalia, Konkordia, Liedertafel Treue;

im Bergkeller

Freitag, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, für die M.-G.-V. Liederhort, Steinhort, Ein Herz — ein Sinn, Zimmerer, Maurer, Töpfer.

Sämtliche Vereinsmitglieder haben pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Programme werden an diesen Uebungsabenden ausgeteilt.

*** Der Böttcherverband** hielt am vorigen Sonntag eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Streik in der Oelfabrik beschäftigte. Da die Zahl der Streikenden bis auf drei zusammengeschmolzen ist, empfiehlt der Hauptvorstand die Aufhebung des Streiks. Nach lebhafter Debatte beschloß die Versammlung den Streik abzubrechen, den drei Ausständigen aber die Streikunterstützung weiter zu zahlen. Die Sperre über die Oelfabrik bleibt indes bestehen. Die Abrechnung vom Streik ergab eine Einnahme von 2554 Mark. An Unterstützung wurde ausgezahlt 2257.35 Mark. Daß der Streik zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen ist, liegt an der Schar Arbeitswilliger, die ja in jedem Berufe bei der Hand sind, wenn es gilt der Organisation in den Rücken zu fallen. Mit Entrüstung vernahm die Versammlung den Bericht eines Kollegen, der am denkwürdigen 19. April ahnungslos aus der Arbeit nach Hause ging und am Striegauerplatz von Schutzleuten aufs äußerste gefährdet wurde. Die Versammlung erklärt sich mit den Ausgesperrten der Metallindustrie durch Erheben von den Plätzen solidarisch.

*** Wichtig für Handlungsgehilfen.** Der Ausschuß des Kaufmannsgerichts zu Breslau hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, betreffend die Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches. Es läßt sich, so wird in der Petition ausgeführt, ein Grund dafür nicht ausfindig machen, daß es dem Prinzipal gestattet sein soll, dem Gehilfen in Krankheitsfällen das Gehalt ganz zu entziehen, daß der Prinzipal aber den Abzug des Krankengeldes vom Gehalte nicht vereinbaren darf. Diese Rechtslage hat zahlreiche Prinzipale dazu geführt, die Ausschließung der Gehaltszahlung zu vereinbaren, da sie den Abzug des Krankengeldes nicht ausbedingen dürfen. Während ferner die Ausschließung des § 63 Absatz 1 durch Vertrag früher zu den Seltenheiten gehörte, hat die Erörterung der gerichtlichen Urteile in der Presse die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die zitierte Bestimmung gelenkt und die Fälle der Ausschließung vermehrt. Der Ausschuß hat sich in mehreren Sitzungen bemüht, eine Fassung für die Gesetzesbestimmung zu finden, welche einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Prinzipale und Handlungsgehilfen darstellt. Der Ausschuß empfiehlt, dem § 63 folgende Fassung zu geben:

„Wird der Handlungsgehilfe durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt bis zur Dauer von sechs Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus.

Er muß sich jedoch ein Drittel des Betrages anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Behinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken-Versicherung zukommt.

Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig."

*** In Liebich's Etablissement** gastieren Konrad Drehers 30 Schlierseeer mit Xaver Terofal als Direktor. Uns wird darüber aus dem Bureau geschrieben:

Während des eben beendeten Gastspieles im Deutschen Theater fanden 29 Abend- und 5 Nachmittagsvorstellungen statt, welche von 40,000 Personen besucht waren. Zu dem künstlerischen Erfolg hat sich auch der materielle gesellt. Nahezu sämtliche Mitglieder haben es zu bürgerlichem Wohlstand gebracht. Die Terofals, Dirnbergers, Rail, Wagner, Schmidtkonz, Schultes usw. sind Hausbesitzer. Die Leute bezogen Gagen, wie sie an manchen Hofbühnen kaum bezahlt werden. Andererseits war aber jeder einzelne mit Leib und Seele bei der Sache. Die Leute halten auf strenge Disziplin und sind bei aller Bescheidenheit auch von einem ungewöhnlichen Ehrgeiz erfüllt. Wer die Erfolge beobachtete, wird unwillkürlich die Frage aufwerfen, wie es kommt, daß Dreher ein derartig lebensfähiges Unternehmen aus den Händen gibt. Die Frage ist rasch beantwortet: Dreher will einem Kampf mit der Konkurrenz aus dem Wege gehen. Wenn man für dreißig Menschen mit ungefähr 10,000 Kilogramm Bagage zu sorgen hat ist es Lebensbedingung, daß die Gastspiele in anschließender Städtefolge arrangiert werden. Im Laufe der Jahre haben sich jedoch verschiedene Truppen gebildet, die das von Dreher erdachte Schlierseer Bauerntheater nachahmen. Es reisen Leute als Bauernspieler, an denen kaum die Lodenjoppen echt sind, als Tegernseer, Originaltegernseer, Tegernseer Originalbauerntheater, Großes oberbayerisches Bauerntheater aus Schliersee usw. Die Direktoren der großen Bühnen kennen wohl den Unterschied und verpflichten zumeist nur Drehers Truppe. Die Leiter der Konkurrenzbühnen und kleinerer Varietees machen sich aber die Täuschung zum Nutzen und deshalb ist es wiederholt vorgekommen, daß Engagements, die Dreher Monate vorher vereinbarte, in die Brüche gingen, da eine Nachahmung unmittelbar vorher in irgend einem Etablissement Vorstellungen gab. Zahlreiche Differenzen waren die Folge. In manchen Fällen wäre ein Prozeß unvermeidlich gewesen. Wer Dreher kennt, wird es begreiflich finden, daß er unter solchen Umständen nicht mehr mittun will.

„Ich habe meinen braven Leuten den Fundus geschenkt, das Renommee, daß sie Tüchtiges leisten können, haben sie bereits, Terofal kennt überall Land und Leute, auch steht ihm ein tüchtiger, fachkundiger Impresario zur Seite, und nun seht zu, daß Ihr diesen unlauteren Wettbewerb, so weit es gesetzliche Mittel ermöglichen, bekämpft!"

*** Unfälle.** Der 3 Jahre alte Georg [illegible], Monhauptstraße 33, trank am 29. v. M., während sich seine Mutter in einem Nebenzimmer befand, eine Flasche mit Natronlauge aus. Das Kind, welches im Allerheiligenhospital untergebracht wurde, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. — Am 30. v. M. Nachmittags fiel ein Kutscher auf der Michaelisstraße von einem Lastwagen, dessen Räder ihm über den Kopf und die Füße rollten. In schwerverletztem

Zustande wurde er der Klinik zugeführt. — Am 28. v. M. Abends wurde eine Dienstmagd auf der Matthiasstraße durch einen Radfahrer umgerissen und erlitt anscheinend innere Verletzungen. — Ein Arbeiter stürzte von Krämpfen befallen auf der Seminargasse zu Boden und zog sich eine schwere Kopfwunde zu. Durch Feuerwehrmannschaften wurde ihm Hilfe geleistet, worauf er dem Allerheiligenhospital zugeführt wurde. — Ein Klempner kam am 29. v. M. Nachmittags auf der Gneisenaubrücke beim Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen während der Fahrt zu Fall und geriet unter den Anhängewagen, so daß dieser gehoben werden mußte, um den Mann zu befreien. — Am 30. v. M. wurde ein Kaufmann auf der Schweidnitzerstraße durch einen Maurer mit dem Fahrrad umgerissen und schwer verletzt, so daß er in die Unfallstation auf der Karlsstraße geführt werden mußte. Der Radler, der im schnellsten Tempo gefahren war, versuchte zu flüchten, wurde aber bald eingeholt. Er besaß keine Karte, auch fehlte an seinem Rad die Bremse. — Ein Arbeiter wurde auf dem Berlinerplatz durch einen Linkerer mit dem Fahrrad umgefahren und trug eine Wunde am Hinterkopf davon.

* **Das schutzlose Kind.** In der Nacht zum 1. d. M. wurde auf dem Neumarkt ein neun Jahre alter Knabe nur ganz notdürftig bekleidet angetroffen. Er gab an, daß seine Mutter Vorderbleiche 8 wohne, sich aber Tage und Nächte lang nicht sehen lasse. Das Kind wurde zunächst in das Asyl gebracht. Alsdann kommt es in Fürsorgeerziehung.

* **Körperverletzung.** In einer Restauration auf der Nikolaistraße verletzte am 28. v. M. ein Arbeiter einen anderen mit einem Bierglas erheblich im Gesicht. Der Mann suchte im Allerheiligenhospital Hilfe nach.

* **Feuer.** In einer Wohnung Tschepinerstraße Nr. 23 fiel am 30. v. Mts. eine Lampe um, wodurch Betten und Kleidungsstücke in Brand gerieten, sodaß die Feuerwehr gerufen werden mußte.

* **Lebensmüde.** Ein von seiner Frau seit einem Jahr getrennt lebender Schuhmacher fand sich am 30. v. Mts. in dem Hause Friedrichstraße 50b ein, wo seine Frau wohnt, die ihm aber Einlaß nicht gewährte, da sie Mißhandlungen befürchtete. Darauf ging der Mann in das Klosett im vierten Stock und erhängte sich an seinem Leibriemen.

* **Tierquälerei.** Am 29. v. Mts. fuhr ein schwer beladener Milchwagen die Klosterstraße entlang, dessen Pferde infolge eines schecht sitzenden Kummets der Hals so durchgescheuert war, daß das rohe Fleisch sichtbar wurde. Das so gequälte Tier ist Eigentum eines auf der Kreuzburgerstraße 22 wohnenden Milchhändlers.

* **Ein netter Ehemann.** Am 29. v. Mts., Nachmittags, mißhandelte ein Zimmermann Sedanstraße 29 seine Frau, seine Kinder und seine Schwägerin und bedrohte sie mit Totschlag. Auch zertrümmerte er sein Mobiliar und warf es in den Treppenflur. Um Unheil zu verhüten, wurde der Mann in Haft genommen.

* **Gestohlen wurden:** In der Nacht zum 30. v. M. in einem Restaurant am Lehmdamm aus einem Warenautomaten durch Einbruch eine große Anzahl Päckchen mit Schokolade, Bonbons und Dessertstangen, aus einem Stall auf der Bohrauerstraße ein Hahn und drei Hühner, einer Lageristin von der Höfchenstraße wurde ein blaues Satinkleid, einem 7 Jahre alten Knaben wurden auf der Berlinerstraße durch einen 11 Jahre alten Knaben 4.20 Mk. geraubt, einem Tischlergesellen auf der Matthiasstraße ein Fahrrad „Weil" Nr. 31979, aus einem Schulhaus ein Fahrrad „Ariadne" Nr. 59273, einem Schneider in Morgenau ein Ueberzieher.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 30. v. Mts. 25 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Zwanzigmarkstück und eine silberne Herrenuhr. — Abhanden kamen: eine goldene Uhr, ein goldener Ring, ein goldenes Armband mit Brillanten, ein goldenes Gliederarmband und ein Trauring. — Entlaufen ist ein schottischer Schäferhund.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 1. Mai. Mehrere hundert Arbeiter brotlos geworden. In der großen mechanischen Weberei von Rosenthal, die gegen 800 Arbeiter beschäftigt, brach am Dienstag Morgen gegen 1 Uhr Feuer aus. Es entstand in der Kartenschlägerei und vernichtete dieses Gebäude mit sämtlichen Vorräten und Maschinen. Von hier aus suchte das Feuer seinen Weg nach dem Websale. Dank dem energischen Eingreifen des Fabrikpersonals konnte dieser Saal gerettet werden, so daß nur 3 Webstühle unbrauchbar geworden sind. Eine weitere Nahrung fand das Feuer in dem Maschinenhause. Dieses wurde mit der Dynamomaschine vollständig zerstört und die darin befindlichen Dampfmaschinen stark beschädigt. Dem rechtzeitigen Eingreifen der Feuerwehr, die tatkräftig mit der Dampfspritze arbeitete, ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich greifen konnte. Immerhin dürften 300 bis 400 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen sein, so daß sie an ihren Stühlen nicht arbeiten können. Der Schaden, den das Feuer verursachte, dürfte auf etwa 100,000 Mk. zu bemessen sein.

—e. **Schweidnitz**, 30. April. Eine für weitere Kreise der organisierten Arbeiterschaft interessante Gerichtsverhandlung fand Freitag, den 27. April, vor der hiesigen Strafkammer statt. In derselben wurde gegen den Maurer S. (Krieg) aus Striegau wegen öffentlicher Beleidigung der dortigen Polizeibehörde verhandelt. Am 14. Dezember v. J. hatte eine öffentliche Maurerversammlung in Striegau stattgefunden, in welcher der Angeklagte sich beleidigender Aeußerungen gegen die Striegauer Baupolizei schuldig gemacht haben soll. Die Ursache zur Kritik gab ihm der Unglücksfall des Zimmerpoliers Stringer, der am 5. Dezember vorigen Jahres von einem Neubau der Bürstenfabrik abstürzte und später an den Folgen des Sturzes verstarb. Das Striegauer Schöffengericht verurteilte in erster Instanz den Angeklagten zu sieben Wochen Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung bei der hiesigen Strafkammer ein, welche bereits am 27. März in dieser Sache verhandelt, jedoch auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Keiler von hier, einen neuen Termin anberaumt hatte, um über die Frage, ob die Baupolizei verpflichtet sei, die Bautenkontrolle auch auf den inneren Bau auszudehnen und namentlich darüber, in wie weit dieselbe über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu wachen habe, Klarheit zu schaffen. In der Verhandlung am vorigen Freitag betonten die Sachverständigen, namentlich Stadtbaurat Walter, daß die Baupolizei wohl bezüglich der Ausführung und Abnahme des Baues Verpflichtungen habe, dagegen zu einer Ueberwachung der Innehaltung der vorschriftsmäßigen Sicherheitsmaßregeln schon deshalb nicht verpflichtet sein könne, weil die Organe derselben hierzu gar nicht befähigt sind. Der Angeklagte wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Forderung der Bauarbeiter, aus ihrer Mitte gewählte Bautenkontrolleure heranzubilden, erhält durch diesen Prozeß, namentlich durch die Aussage der Sachverständigen, eine erhöhte Bedeutung.

Schmiedeberg, 30. April. Die Maifeier wird von den Arbeitern unserer Gegend am Sonntag, den 6. Mai, von Nachmittags 3 Uhr ab, im „Goldenen Schlüssel" in festlicher Weise begangen werden.

Cunnersdorf, 30. April. Zur Feier des Maientages der Arbeiter findet am Sonntag, den 6. Mai, Abends 8½ Uhr, in der „Andreasschenke" eine Festversammlung für Männer und Frauen statt.

Altwasser, 1. Mai. Die Lithographen und Steindrucker erhielten folgende Forderungen bewilligt: Mindestlohn für Litographen, Steindrucker, Maschinenmeister 27 Mk., Umdrucker 25 Mk., ferner werden 2 Jahre keine Lehrlinge eingestellt, dann auf 10 Gehilfen 1 Lehrling. Ausgelernte erhalten 18 Mk., müssen aber innerhalb 2 Jahren einen Mindestlohn von 25 bezw. 27 Mk. erhalten. Ferner eine allgemeine Teuerungszulage, für Verheiratete 2 Mk., für Ledige 1 Mk. pro Woche.

Dieser gute Erfolg wurde durch einmütiges Vorgehen aller Kollegen errungen. Da die Firma Gruschwitz u. Lechner-Freiburg von der die Forderungen bewilligenden Firma Wunderlich u. Co.-Altwasser aufgekauft ist, so gelten obige Bewilligungen auch für die dortigen Kollegen. Mögen diese Errungenschaften den Breslauer Kollegen ein Ansporn sein, geschlossen für ihre weit geringeren Forderungen einzutreten.

Hirschberg, 1. Mai. Der Zimmererstreik dauert unverändert fort. Der Starrsinn der Arbeitgeber ist immer noch nicht gebrochen, es liegt am meisten an dem Oberscharfmacher Beer, der sich ja auch die größte Mühe gibt, Arbeitswillige heranzuholen, was natürlich bisher wenig Erfolg hatte. Alle Arbeitswilligen sind wieder abgeschoben worden. Von den 112 Streikenden sind 22 zu neuen Bedingungen untergebracht, abgereist 27. Streikbrecher sind insgesamt 4 geworden. Im Kampf befinden sich noch 59 Mann.

Glogau, 1. Mai. Der arme Pückler. Im Schlosse des Grafen Pückler in Klein-Tschirne entstand am 30. April ein größeres Feuer, das den Dachstuhl und das Gesindehaus einäscherte. Verbrannt sind u. a. verschiedene Ausrüstungsgegenstände zu den Reiterfesten des Grafen und einige Uniformstücke.

Pückler sitzt augenblicklich eine sogenannte sechsmonatliche Festungsstrafe in Weichselmünde ab, die aber wohl einen recht animierten Charakter tragen wird. Der gräfliche Radaubruder wird über die abgebrannten Gegenstände, die ihm so viel Spaß machten, wenig erbaut sein. Nun, vielleicht befürworten die verantwortlichen Räte nunmehr seine Begnadigung . . .

Liegnitz, 30 April. Theatervorstellungen in der Kirche. Wie der „L. A." mitteilt, besteht hier ein bezeichnender Brauch bei kirchlichen Trauungen:

„Jedem Brautpaare werden 50 Karten für seine Bekannten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Sonstige Neugierige haben Eintrittskarten pro 20 Pf. im Glöckner-Bureau zu lösen."

Wie im Varietee!

—z. **Bromberg**, 30. April. Vor dem Oberkriegsgericht hatte sich am Freitag der aus der Haft vorgeführte Reservist Otto Müller von der dritten Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 53 wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung, Beleidigung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu verantworten. Vom Kriegsgericht war der Angeklagte zu fünf Jahren sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legten der Vertreter der Anklage und der Angeklagte Berufung ein. Der Sachverhalt, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist kurz folgender: Im vergangenen Sommer befand sich das Regiment Nr. 53 zur Schießübung in Hammerstein. An einem Sonntag im Monat August war M. in eine lustige Gesellschaft geraten, wo er stark über den Durst getrunken hatte. Mit anderen Kameraden machte er in animierter Stimmung gegen 10 Uhr Abends einen Spaziergang durch das Lager nach Hammerstein. Vor dem Garten des Hotels Pokradt, in dem sich unter den Gästen auch Offiziere befanden, sang und lärmte der Angeklagte. Der Unteroffizier Pop vom 36. Artillerie-Regiment, der sich vor dem Garten befand, verbot dem M. das Singen. Dieser Anordnung leistete M. jedoch nicht Folge, sondern bemerkte, daß ein 36er ihm nichts zu sagen hätte, ferner soll er den Angeklagten hierbei angerempelt haben. P. fragte M. nunmehr nach dem Namen und der Urlaubskarte, worauf ihm dieser erwiderte, er soll nur mitkommen, er würde sie ihm an der Brücke zeigen. Der Unteroffizier folgte ihm, wo er dem P. das Seitengewehr zwecks Feststellung der auf der Klinge befindlichen Nummer aus der Scheide des Seiten-Gewehrs riß. M., hierüber aufgebracht, versetzte dem P. mit der Scheide einige Schläge. Der Berufung des Angeklagten, der sich mit immoraler Trunkenheit entschuldigte, wurde stattgegeben, das Urteil erster Instanz aufgehoben und gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und acht Monaten erkannt, wovon 6 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Die Berufung des Kanoniers P. Wilczak von der ersten Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 53, der vom Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde dagegen vom Oberkriegsgericht verworfen.

Ostrowo, 2. Mai. Die Maurer sind in einen Streik getreten, nachdem die langen Vorverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Infolgedessen ruhen alle Bauten von hier und der Umgegend, darunter auch der Bahnbau in Skalmierzyce. Die Zahl der Arbeitswilligen ist gering, die von auswärts zugezogenen Arbeitswilligen gelang es, wieder abzuschieben.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Eine aufregende Szene spielte sich in **Liegnitz** ab. Dort waren zwei Pferde mit einem schweren Kohlenwagen durchgegangen. An der Jochmannstraße bog ein Kindermädchen mit ihrem Kinderwagen gerade um die Ecke, als das Gefährt herangerast kam. Das Mädchen mit ihrem Wagen schien verloren. Da, plötzlich kam eines der Pferde dicht vor dem Kinderwagen zu Fall und das Kohlenfuhrwerk war dadurch zum Stehen gebracht. Das Pferd wurde in schrecklicher Weise zerschunden. — In **Lüben** ist der 39 Jahre alte Arbeiter Robert Wyganaigh aus der dortigen Heil- und Pflegeanstalt entwichen. — In **Luisenthal** bei Kittlitztreben machte ein Arbeiter bei dem Holzgeschäftsinhaber Krause einen geschäftlichen Besuch, zu dem er seinen zweijährigen Knaben mitnahm. Während man die Geschäfte abwickelte, wurde das Kind in der Stube zurückgelassen. In der Zwischenzeit war dasselbe von einer Bulldogge, die sich im Zimmer befand, im Gesicht in schrecklicher Weise zerfleischt worden. — In **Glatz** fiel ein neunjähriges Schulkind aus dem Fenster der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung der Eltern. — Bei einem Gewitter, das am Montag Nachmittag über **Koschentin** OS. hinwegging, schlug der Blitz in die Telegraphenanstalt des Bahnhofes ein und richtete erheblichen Schaden an. Fast sämtliche Apparate sind mehr oder minder beschädigt, teilweise sogar vollständig vernichtet. Von den Beamten wurde glücklicherweise niemand verletzt. — **Als** die siebzigjährige Witwe Barwitzki aus dem Dorfe **Leschna** nach Rosenberg OS. zum Markte ging, wurde sie in der Nähe des Waldes von Leschna von einem Manne überfallen, mit einem Messer in den Hals gestochen und ihrer Barschaft von 3 Mk. und ihres Marktkorbes mit Butter beraubt. Die Verletzte wird schwerlich mit dem Leben davonkommen. Der Täter ist noch unbekannt. — Bei den Schachtarbeiten zum Fundament für das Rathaus in **Pakosch** (Posen) wurden in der Tiefe von etwa einem Meter auf einer Fläche von kaum sechs Quadratmetern 200 Schädel von erwachsenen Menschen und eine große Menge Menschenknochen gefunden. Nach den in der Erde vorgefundenen Mauerresten zu schließen, scheint an der Stelle in uralter Zeit eine Kirche gestanden und die bezeichnete Stelle als Gruft gedient haben. — Der Eigentümer Adolf Felsch in **Zajontschkowo** in Posen erschoß seinen Schwiegervater Scherschen und verletzte seine Ehefrau mittelst Revolverschusses sehr schwer.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. II. Stellmacher Paul Bieneck, evang., Klosterstraße 85/87, mit Emma Katscher, evang., Schweidnitzerstadtgraben 23. — Bauarbeiter Hermann Langner, evang., Georgenstraße Nr. 21, mit Emilie Blawid, evang., hier. — Schuhmacher Karl Wolf, evang., Lohestraße 77, mit Pauline Schönfeld, evang., Gottschallstraße 10. — Frauenarzt Dr. med. Heinrich Weber, evang., Marxstraße 3, mit Olga Wagler, evang., Viktoriastraße 111a. — Buchhalter Bernhard Grieventrog, evang., Posen, mit Erna Vogt, reformiert, Neudorfstraße 84a. — Tischler Gustav Kalinke, evang., Löschstraße 33, mit Anna Nerlich, evang., Salvatorplatz 8. — Eisenbahn-Wagenputzer Georg Zech, evang., Kupferschmiedestraße 27, mit Anna Weidner, geb. Thomas, evang., Neue Tauentzienstraße 16. — Geschäftsreisender Max Volkmann, evang., Sadowastraße 13, mit Gertrud Weckert, evang., Garvestraße 11. — Kunst- und Handelsgärtner Gustav Brendel, evang., Hubenstraße 94, mit Marie Richter, kath., Kastanienallee 24/26. — Schuhmacher Richard Zillies, evang., Kronprinzenstraße 37, mit Agnes Willim, kath., Forckenbeckstraße 13. — Eisenbahnschlosser Arthur Warkus, evang., Sadowastraße 17, mit Hedwig Schenscher, evang., Sonnenstraße 32. — Eisenbahn-Assistent Berthold Seichter, kath., Briegerstraße 8, mit Selma Schulz, kath., hier. — Bahnarbeiter Gottlieb Wilde, evang., Holteistraße 24, mit Anna Gerstenberger, evang., Forckenbeckstraße 7. — Kaufmann Richard Gebel, kath., Klosterstraße 134, mit Josefa Max, kath., Altwasser, Kreis Waldenburg. — Bauarbeiter Ernst Teichmann, evang., Hubenstraße 100a, mit Klara Liebe, evang., Hubenstraße 110. — IV. Tischler Josef Lorke, kath., Neudorfstraße 64, mit Ida Glasnek, kath., Viktoriastr. 84. — Tischler Alois Liebezeit, kath., Götzenstr. 4, mit Anna Heilmann, kath., Paulstraße 38. — Uhrmacher Karl Rückert, kath., Zietenstraße 8, mit Meta Schumann, geb. Backe, evang., Holteistraße 20. — Wagenführer Theodor Przybylski, kath., Gräbschenerstraße 93, mit Anna Bogner, evang., Brüderstraße 24. — Konditor August Köhler, kath., Bunzlau, mit Klara Uhlemann, kath., Gabitzstraße 47. — K. K. Fachlehrer Anton Selezky, kath., Villach in Kärnthen, mit Hedwig Gerdessen, evang., Augustastraße 29.

Briefkasten.

H. G. Das Maigedicht kam für diesmal zu spät.

R. S. Die „Volkswacht ist im Jahre 1890 gegründet worden.

Gebr. St. Ja, die „Schlesische Zeitung."

G. L. P. Die Frau erbt, wenn die Ehe kinderlos ist, neben Eltern und Geschwistern des Ehemannes die Hälfte. Das Pflichtteil, das nur beim Vorliegen eines Testaments in Frage kommt, beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbteils.

K. Sch. Wenden Sie sich an die Krankenkassen „Hoffnung" oder „Beständigkeit", deren Adressen Sie im Adreßbuch finden.

B., Waldenburg. Der Vormund ist zur Leistung der Quittung verpflichtet; aber im vorliegenden Falle genügt auch die Unterschrift der Großmutter.

„Meinungsaustausch". Besten Dank für Ihre Anregung. Wir werden die Sache im Auge behalten. Werben Sie weiter.

E. G. Hein, Nikolaistraße 7.

B. H. Sie können in der Zeit vom 1.—15. des Monats kündigen, wenn nicht etwas anderes verabredet worden ist.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 3. Mai:

Generalversammlung der Maler. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Wahl des Delegierten zur General-Versammlung.

Sonnabend, den 5. Mai:

Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Aufnahme-Abend parterre links.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 8 (Oderior).

Bezirke 14, 15, 16, 17 (Kletschkau). Sonnabend, den 5. Mai, Abends 8½ Uhr, Zahlabend. Wahl von 2 Bezirksführern. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.